

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



Fluchtziel Europa – unser Jahresschwerpunkt 2016: Fliehkräfte

Wissenschaftler fordern mit den Tutzinger Empfehlungen eine umfassende Reform der Asylpolitik



Flüchtlinge im Budapester Ostbahnhof am 4. September 2015

Foto: Rebecca Harms / wikimedia commons

Es werden immer mehr und ein Ende ist nicht abzusehen. Von Januar bis September 2015 wurden allein in Deutschland über 303.000 Asylanträge gestellt. Auf lebensgefährlichen Routen über das Mittelmeer und den Balkan fliehen tausende verzweifelte Menschen aus Afrika, Syrien und dem Mittleren Osten nach Europa. Doch der Europäischen Union gelingt es schwer bis gar nicht, angemessen zu reagieren. Mit den Tutzinger Empfehlungen zur Asylpolitik wollen Wissenschaftler einen Beitrag zur Debatte über eine verantwortungsvolle Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa leisten. Die Aufnahme von Flüchtlingen sei nicht nur eine Last, sondern berge erhebliches Potenzial für die Aufnahmestaaten.

ab Seite 3

Energiewenden – Politik auf Druck der Bürger

Die Reform der deutschen Energieversorgung ist eine Herausforderung. Seit 2011 ist der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossene Sache. Bis 2050 soll die auf fossilen Brennstoffen beruhende Energieversorgung in Deutschland auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Ein festes Konzept allerdings, wie die Energiewende ausgestaltet werden kann, fehlt. Stattdessen reklamieren immer mehr Bürger und Initiativen Beteiligungsansprüche für sich.

Bedrohen nun „Wut- und Dagegenbürger“ die Energiewende? Was rüttelt sie auf? Welche Rolle spielen die Ansprüche, sich an dem Konzept zur künftigen Energieversorgung zu beteiligen?

ab Seite 12



Zeichnung: Mester

	Seite
Vernichtende Urteile über das europäische Asylrecht	3
Tutzinger Empfehlungen zur Asylpolitik	5
Fluchtziel Europa	5
Das Zusammenwachsen bereitet immer noch Probleme	7
Industrie 4.0 – gut leben und arbeiten in der digitalisierten Welt	10
Energiewende(n) – Politik unter Druck	12
Nachhaltige Energieversorgung auf demokratischem Fundament?	15
Globalisierung und regionale Integration	17
Standortsuche in einer Welt des digitalen Wandels	20
Schiedsgerichte auf der Anklagebank	22
Vom Anfang bis zum Schluss	23
Umwelt und Natur als Themen politischer Bildung	25
Hervorragende Leistung beim Landkreislaf	26
Alles öko, oder was?	27
Neuaufgabe unserer Politiksimulation EuropaPolitik erleben!	28
Demokratie als Lebensform	29
Schlaue Spiele über fremde Kulturen	30
Asyl, Wahlkampf und Friedensverhandlungen	31
Verfilmte Zeitgeschichte(n)	32
Einblicke in die Arbeit von Interpol	33
Herausforderungen durch Organisiertes Verbrechen	34
Widerstand und Identität – Protestbewegungen in Osteuropa	37
Aus der Wüste zurück – Ansichten aus Arizona	39
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	41
Pressespiegel	42
Themen – Tagungen – Termine	44
Namen und Nachrichten	48

BLICK ÜBER DEN SEE

Jubiläen sollten auch jenseits des Kreises derjenigen, zu deren Ehren sie begangen werden, zur Kenntnis genommen werden. Das gebietet nicht allein die Höflichkeit, sondern gelegentlich auch das Eigeninteresse. So kann der 50. Geburtstag des Sozialwissenschaftlichen Gymnasiums in Bayern (SWG) als Aufforderung an die Akteure der (bayerischen) Bildungspolitik gesehen werden, diese Schulart nicht nur wahrzunehmen, sondern sogar nachzuahmen: als Modell für die Schule der Zukunft.

Während die Welt komplizierter und unübersichtlicher wird, verlieren Institutionen wie die Parteien, die Gewerkschaften, die Kirchen aber auch der klassische Qualitätsjournalismus, die bislang den Bürgern die Orientierung erleichterten, an Bedeutung. Das bringt Freiheiten und birgt Gefahren: Wenn wir nicht riskieren wollen, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung politischen Rattenfängern auf den Leim geht, wenn wir wollen, dass eine große Mehrheit der Einwohner- und Wählerschaft die Orientierung behält, die einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung angemessen ist, dann müssen wir gerade auch dort etwas dafür tun, wo wir alle erreichen: in der Schule. In den Sozialwissenschaftlichen Gymnasien führt die Politische Bildung kein Schattendasein wie in anderen Schulen. Dort fühlt man sich nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der schulischen Praxis dem Ziel der politischen Mündigkeit und Handlungskompetenz der Schüler verpflichtet. Das ist wichtiger denn je. Schließlich wird das Bild, das sich andere Nationen von uns machen, künftig weniger von unseren politischen Repräsentanten sondern mehr durch die (digital) vernetzte Arbeitnehmer- und Bürgerschaft geprägt werden. Umso notwendiger ist, dass sowohl die alteingesessenen als auch die neuen Mitglieder dieser Gesellschaft ein gefestigtes Verständnis von der politischen und wirtschaftlichen Stellung der Bundesrepublik in der Welt besitzen – und zwar vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte. Um das zu leisten – und zukunftsfähig zu sein –, muss eine Schule zwar nicht gleich eine sozialwissenschaftliche Ausrichtung aufweisen. Das nicht. Aber die Einsicht in die Relevanz der Politischen Bildung und die entsprechenden Schlussfolgerungen für den Schulalltag erscheinen unverzichtbar. Nicht nur in Jubiläumsjahren.



*Mit herzlichen Grüßen
Ihre*

U. Münch

Prof. Dr. Ursula Münch

Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Akademie-Report

HERAUSGEBER:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

REDAKTION:

Prof. Dr. Ursula Münch (verantwort.)
Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)
Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)
Satz & Druck Peter Molnar
Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben
ISSN 1864-5488

Vernichtende Urteile über das europäische Asylrecht

Wissenschaftler fordern eine umfassende Reform der Asylpolitik

Es werden immer mehr und ein Ende ist nicht abzusehen. Von Januar bis August 2015 wurden allein in Deutschland fast 260.000 Asylanträge gestellt. Auf lebensgefährlichen Routen über das Mittelmeer und den Balkan fliehen tausende verzweifelte Menschen aus Afrika, Syrien und dem Mittleren Osten nach Europa. Doch der Europäischen Union gelingt es schwer bis gar nicht, angemessen zu reagieren. Was ist zu tun?

Wissenschaftler, Praktiker der Flüchtlingsarbeit und Studierende erörtern bei einer Kooperationstagung der Akademie mit dem Zentralinstitut für Regionenforschung der Universität Erlangen-Nürnberg zentrale Fragen des europäischen Asylrechts.

Über die bundesdeutsche Asylpolitik von 1992 bis heute sprach Akademiedirektorin Ursula Münch. Sie analysierte verschiedene Phasen: Der Strategielosigkeit in den 1950er- und 1960er-Jahren folgte die Politik der reaktiven Anpassung in den 1970er-Jahren bis hin zur Phase der Abschreckung in den 1980er-Jahren. Spätestens mit dem Asylkompromiss von 1992 und dem Zuwanderungsgesetz von 2005 war klar, dass die Bundesrepublik das Ziel verfolgte, nicht zum Asyl-Reserve-Land Europas zu werden. Als Konstanten in der bundesdeutschen Asylpolitik identifizierte Münch, dass unterschiedliche Politikkonzepte sich nicht unbedingt in parteipolitischen Differenzen spiegelten, sondern eher in föderalen Positionen begründet waren.

Hinter den Erwartungen

Diejenigen, die es bis zu einem EU-Mitgliedstaat schaffen, haben durch das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) zwar Rechte, aber einen sicheren und legalen Weg nach Europa schützt das GEAS nicht. Nicht geregelt ist nach den Worten von Petra Bendel auch ein faires und solidarisches Verfahren, wie die Schutzsuchenden auf die einzelnen Länder verteilt werden. „Das GEAS bleibt weit

hinter dem zurück, was man von der EU als Trägerin des Friedensnobelpreises erwarten dürfte“, kritisierte die Geschäftsführerin des Zentralinstituts für Regionenforschung an der Universität Erlangen-Nürnberg. In der anschließenden lebhaften Diskussion verwies Münch auf einen grundsätzlichen Konstruktionsfehler des GEAS: „Staaten, die geographisch in der Mitte der EU liegen, haben ganz andere Probleme als Staaten an der Außengrenze.“

„Schutzlotterie“

Die Frage nach den Zugangswegen erörterte Karl Kopp, der Europareferent von Pro Asyl. Er beschrieb detailliert den Weg syrischer Flüchtlinge nach Europa. Nach Hinweisen auf die

teils brachiale push-back-Politik einiger EU-Staaten wie Bulgarien und Ungarn machte er deutlich, dass viele Schutzsuchende den gefährlichen Weg über das Mittelmeer wählen, weil sie



Petra Bendel kritisierte das aktuelle Verteilungsverfahren für Flüchtlinge in Europa

auf dem Landweg zurückgewiesen werden. Mit Blick auf die Situation in Griechenland warnte Kopp: „Das Überleben der Menschen im griechischen Transit ist nicht gewährleistet.“



Osteuropa sucht die Lösung der Flüchtlingskrise...

Zeichnung: Stuttmann

Zentrales Ziel des GEAS war, die „Schutzlotterie“ der Asylsuchenden in Europa zu beenden. Die Chancen, als Flüchtling in der EU anerkannt zu werden, sollten nicht mehr vom jeweiligen Einreiseland abhängen. Ob das erreicht wurde, analysierte Constantin Hruschka von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe in Bern. Mit Verweis auf die Dublin-III-Verordnung, nach welcher der Mitgliedstaat bestimmt wird, der für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist, kritisierte Hruschka die Auswirkungen auf die Flüchtlinge. Er sprach von Angst und Vertrauensverlust unter den Schutzsuchenden. „Dublin-III errichtet Grenzen, die wir gar nicht kennen.“ Zugleich appellierte er, lieber Geld als Menschen zu verteilen.

Welche Rolle die Gerichte im Europäischen Asylsystem spielen, beleuchtete Anna Lübke von der Hochschule Fulda. Dabei ging sie konkret auf den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg ein. Zunächst erläuterte Lübke verschie-



Anna Lübke: „Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist letzte Instanz und Hoffnung der Flüchtlinge.“
Fotos: Zerbel

dene Urteile beider Gerichte, um dann festzustellen, dass der EGMR eher menschenrechtsorientiert sei und dem Verfahren Individualentscheidungen zugrunde liegen. Das Gericht in Straßburg ist die letzte Ins-

tanz und häufig die letzte Hoffnung der Flüchtlinge. Der EuGH dagegen achte mehr auf Effizienz, und das Verfahren ist eine Vorabentscheidung, die anschließend an die nationalen Gerichte zurückgeht, wo dann das Urteil gefällt wird.

Effiziente Verfahren bei Nachbarn

„Die Aufnahmebereitschaft, das Verhalten und die Rahmenbedingungen sind extrem unterschiedlich“, stellte der Politikwissenschaftler Dietrich Thränhardt von der Universität Münster fest. Augenfällig sei der enorme Bearbeitungstau von Asylanträgen in Deutschland. Dort liegt fast die Hälfte aller unbearbeiteten Anträge. „Das deutsche Asylsystem funktioniert schlechter als in den meisten europäischen Nachbarländern“, so Thränhardt. Das sei ein selbstgeschaffenes Problem, es gebe schlicht zu wenig Personal. Vorbildlich seien hier die Schweiz und die Niederlande mit effizienten Verfahren und Rechtsbeiständen, die von



Dietrich Thränhardt: „Das deutsche Asylsystem funktioniert schlechter als in den meisten europäischen Nachbarländern.“

Anfang an zur Verfügung stehen. Thränhardts Fazit: „Je mehr Klarheit und Rationalität sich in Politik und Verfahren durchsetzen können, desto größere Chancen haben die Flüchtlinge auf Verständnis.“

Die südliche Außengrenze, vor allem die Situation in Spanien, Griechenland und Italien beleuchtete Claudia Finotelli von der Universidad Complutense de Madrid. Zunächst räumte sie mit dem Nord-Süd-Mythos der asymmetrischen Zuwanderungsprofile auf.



Claudia Finotelli: „Die Asylrealität in Südeuropa hat sich in den letzten zehn Jahren verändert.“

Die Systeme in Nord- bzw. Südeuropa folgten lediglich einer unterschiedlichen Logik, politisch ungewollte Migranten realisierten ihre Chancen verschieden. Zudem hat sich Finotelli zufolge die Asylrealität in Südeuropa in den vergangenen zehn Jahren verändert. Nun gehört Italien zu den zehn wichtigsten Aufnahmeländern. Dort ist mittlerweile auch ein nationales System zum Schutz von Flüchtlingen entstanden. Allerdings könne das Land die Screening-Phase, in der die Flüchtlinge registriert werden, wegen hoher Flüchtlingszahlen nicht korrekt durchführen. „Nicht alle Asylsuchenden wollen weiter in den Norden“, erklärte Finotelli.

Die Ergebnisse dieses Diskurses flossen in eine gemeinsame Erklärung ein („Tutzinger Empfehlungen“ – siehe nächste Seite), die einen Beitrag zur Debatte über eine verantwortungsvolle Asylpolitik in Europa leisten soll. 📄

Miriam Zerbel

Tutzinger Empfehlungen zur Asylpolitik

Mit diesen Empfehlungen wollen die Wissenschaftler einen Beitrag zur Debatte über eine verantwortungsvolle Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa leisten. Es sollten weniger Ressourcen in Kontrolle, Abwehr und Abgrenzung und stattdessen mehr Ressourcen in den humanen, effizienten und solidarischen Umgang mit letztlich nicht kontrollierbaren Migrationsbewegungen investiert werden. Dies würde auch die zivilgesellschaftlichen Kräfte und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger unterstützen. Zudem ginge es darum, mehr Bewusstsein für die Chancen zu entwickeln, die in dieser Neuorientierung liegen: Die Aufnahme von Flüchtlingen ist nicht nur eine Last, sondern birgt erhebliches Potenzial für die Aufnahmestaaten.

In diesem Prozess führen die folgenden sieben Schritte in die richtige Richtung:

1. Durch Aufstockung von Finanz- und Personalmitteln Seenotrettung intensivieren; sowohl Zufluchtsstaaten in den Herkunftsregionen als auch die Transitstaaten praktisch unterstützen.
2. Seenotrettung und Flüchtlingsaufnahme entkoppeln.
3. Sichere, legale Zugangsmöglichkeiten zum Territorium der EU-Mitgliedstaaten schaffen (wie humanitäre Visa, Arbeitsvisa, humanitäre Aufnahmeprogramme/Resettlement) sowie erweiterte Familienzusammenführung und legale Einwanderung ermöglichen (zum Beispiel Familiennachzug, Arbeitsmigration).
4. Durch Schaffung von Asyl-Anerkennungsverfahren auf hohem Niveau die derzeitige „europäische Schutzlotterie“ beenden.
5. Das Dublin-Abkommen reformieren: europäischen Konsens über die Verteilung herstellen; das Verbindungsprinzip (gemäß den Zuordnungsinteressen der Betroffenen, nicht gegen sie) stärken.
6. Europäische und globale Solidarität international thematisieren.
7. Besondere Schutzbedürftigkeit minderjähriger Flüchtlinge berücksichtigen und Aufnahmebedingungen verbessern.

Fluchtziel Europa

Kontrovers, aber sachlich: das Akademiegespräch am See

Was kann verantwortliche Migrationspolitik leisten? Diese zentrale Frage diskutierten Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU), die Landtagsabgeordnete Claudia Stamm (Bündnis 90/Grüne), Refugio-Geschäftsführer Jürgen Soyer und der Asylrechtsexperte Kay Hailbronner.

Refugio-Geschäftsführer Jürgen Soyer fand eine einfache Antwort auf die Frage der Akademiedirektorin Ursula Münch nach verantwortungsvoller Migrationspolitik: „Das heißt, die Flüchtlinge von Anfang an einzubinden und zu integrieren“. Dem Juristen Kay Hailbronner war das nicht differenziert genug. Er forderte eine genauere Unterscheidung nach juristischen Kriterien. „Wir müssen genau

darauf schauen, wen der Gesetzgeber als berechtigt bestimmt hat.“ Zudem beklagte Hailbronner, das Asylrecht sei zu einem Asylbewerberrecht geworden. Anerkennungsquoten sind nach seiner Ansicht nur begrenzt aussagefähig.

Für Innenminister Herrmann ist eine schnellere Entscheidung bei den Flüchtlingen nötig, deren Herkunfts-

länder als sicher gelten. Zugleich verwies der Minister darauf, dass es auch humanitäre Gründe gebe, die zunächst vor Abschiebung schützen wie zum Beispiel Schwangerschaft. Das sei aber kein anerkannter Fluchtgrund.

Geschäft der Schlepper

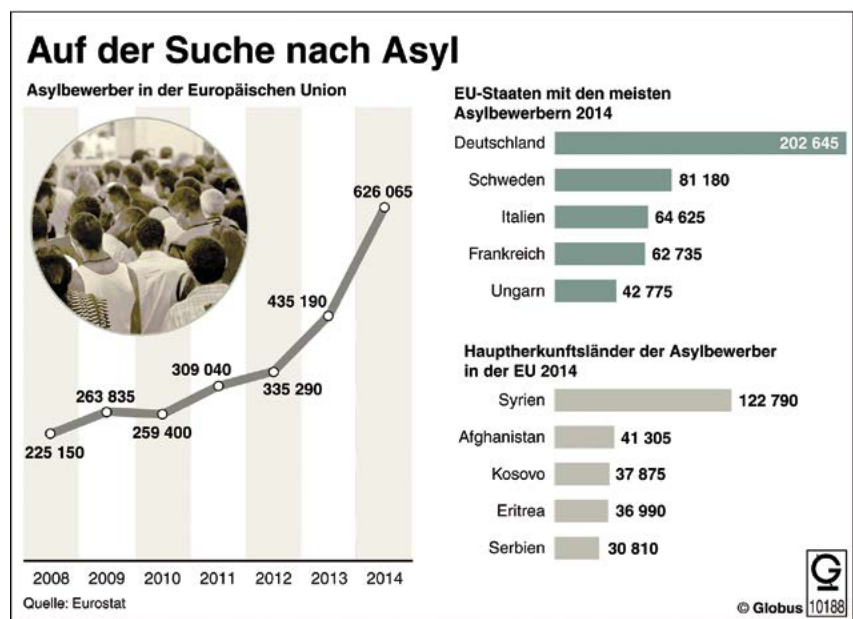
Die grüne Landtagsabgeordnete Claudia Stamm forderte dagegen, legale Fluchtwege zu eröffnen und die Entwicklungshilfe aufzustocken. „Schlepper sind nicht die Ursache, sondern die Folge der aktuellen Asylpolitik“, so Stamm. Nach Einschätzung von Herrmann ist das Geschäft der Schleuserbanden vollkommen klar: Demnach geht es darum, den Flüchtlingen Zugang zum deutschen Asylrecht und

Arbeitsmarkt zu verschaffen. „Kein anderes Land zahlt so viel Geld bar auf die Hand wie Deutschland“, betonte der Minister.

Von der Moderatorin nach den Steuerungsmöglichkeiten des Staates gefragt, gab es – wie zu erwarten – unterschiedliche Vorschläge. Im Gegensatz zu Hailbronner, der den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt als sehr liberal lobte, plädierte Stamm dafür, die Flüchtlinge früher arbeiten zu lassen und ihnen damit zu erlauben, ihren Beitrag zu leisten, um dem Steuerzahler nicht auf der Tasche zu liegen. Die Staatsregierung wird über den Bundesrat Einfluss auf die Bundesebene nehmen und sichere Herkunftsländer definieren. Für Flüchtlinge aus diesen Ländern soll es dann deutlich reduzierte Leistungen geben.

Bei Menschenwürde keine Kompromisse

Für Unterbringung und Sicherheit sind allerdings die Länder zuständig. Vor allem in puncto Sicherheit will Herrmann keine Unterschiede machen. „Bei Menschenwürde und



entgegenzutreten“. Dann dürften aber auch keine Ressentiments gegen Flüchtlinge geschürt werden, forderte die Abgeordnete Stamm. Seine Heimat verlasse nämlich niemand gerne. Unterstützung kam vom Refugio-Geschäftsführer, der trotz des Lobes für die bayerische Initiative, Flüchtlingen schnell Deutsch-Kurse anzubieten, andere Vorgaben kritisierte. Dass der Freistaat den Flüchtlingen zwingend

Der Druck, die rasch steigende Zahl von Flüchtlingen unterzubringen, lastet in erster Linie auf den Kommunen. Nach Beobachtung von Akademiedirektorin Münch verwischen hier schnell die Parteigrenzen. Während Stamm vorschlug, verstärkt Bundes- und Landesimmobilien zur Verfügung zu stellen, forderte Herrmann vom Bund mehr Wohnungsbauförderung.



Das Podium beim Akademiegespräch am See: Jürgen Soyer, Joachim Herrmann, Ursula Münch, Claudia Stamm und Kay Hailbronner (von links)

Unversehrtheit der Person gibt es keine Kompromisse“, so der Minister. „Ausländerfeindlichen Bestrebungen müssen wir unmissverständlich

vorschreibe, in zentralen Unterkünften zu wohnen, sei vor allem für die vielen traumatisierten Kinder unzumutbar.

Verteilung der Flüchtlinge

Thema der Diskussion war auch der Schlüssel, der einer Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland zugrunde liegt. Aktuell ist das der „Königsteiner Schlüssel“ wie Experte Hailbronner erklärte. Er richtet sich nach Steuererwerb und Bevölkerungszahl. Soyer forderte, dabei mehr Rücksicht auf familiäre Netzwerke oder Traumatisierungen zu nehmen. Dennoch herrschte bei den Diskutanten weitgehend Einigkeit, diesen Schlüssel weiter zu nutzen, auch weil er in der Bevölkerung akzeptiert werde.

Die ausgesprochen sachliche und konstruktive Diskussion wurde von ARD-alpha aufgezeichnet und im Rahmen der Sendung „Denkzeit“ ausgestrahlt. 📺

Miriam Zerbel

Das Zusammenwachsen bereitet immer noch Probleme

Eine wirtschaftliche und soziale Bilanz nach 25 Jahren deutscher Einheit

Am 1. Juli 1990 prophezeite der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich des Inkrafttretens der gemeinsamen Wirtschafts-, Währungs-, und Sozialunion, Ostdeutschland werde sich in „blühende Landschaften“ verwandeln. Die Hoffnung auf Demokratie, Freiheit und materiellen Wohlstand war groß. Doch hat sich dieser Traum erfüllt? 25 Jahre nach der Wiedervereinigung zogen namhafte Wissenschaftler und Zeitzeugen Bilanz.

„Es war keine Wende, sondern eine Revolution. Es waren dramatische, fundamentale Veränderungen“, betonte der ehemalige Leiter der außenpolitischen Abteilung des Bundeskanzleramts, Horst Teltschik. Damals im Zentrum der westdeutschen Macht stehend, schilderte



Horst Teltschik arbeitete während des Einigungsprozesses im Zentrum der Macht

Fotos: Zerbel/Rupp

er, wie klein das Zeitfenster und wie gefährlich der Weg zur Wiedervereinigung war. Ständig sei man in Sorge gewesen, dass die Lage in der Sowjetunion kippe und Gorbatschow entmachtet würde. Dies erklärt, warum Bundeskanzler Kohl Tempo gemacht

habe und u. a. mit der Zehn-Punkte-Erklärung vom 28. November 1989 auch die westlichen Bündnispartner überrascht habe.

DDR-Bevölkerung als treibende Kraft

Der zweite Zeitzeuge war Richard Schröder. Der Theologe war Mitglied der DDR-Oppositionsbewegung und SPD-Fraktionsvorsitzender in der



Richard Schröder saß für die SPD in der ersten frei gewählten DDR-Volkskammer

ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. Er schilderte eindrucksvoll, dass die Bevölkerung der DDR den Prozess und die Geschwindigkeit

der Wiedervereinigung vorantrieb. Die Vorstellung einer selbständigen, demokratischen DDR war rasch überholt und weitgehend nur die Hoffnung der Nachfolgepartei der SED, der PDS. Schon auf der Kundgebung im Dezember 1989 in Dresden, die mit lautstarken Forderungen nach der deutschen Einheit von der Bevölkerung begleitet wurde, sei Helmut Kohl klar gewesen, dass die Wiedervereinigung auf der Tagesordnung stand, bestätigte Teltschik.

In der Anfangsphase der Vereinigung seien auch in der politischen Kommunikation der importierten westdeutschen Eliten Fehler gemacht worden, sagte Heinrich Oberreuter. Diese Einschätzung des ehemaligen Tutzinger Akademiedirektors beruht auch auf persönlichen Erfahrungen. Er war Gründungsdekan der Philosophischen Fakultät der TU Dresden. Westdeutsche Überheblichkeit nährte das Minderwertigkeitsgefühl der Ostdeutschen, zumal in den Anfangsjahren die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland katastrophal und die Arbeitslosigkeit hoch war.

DDR-Wirtschaft am Ende

Gewaltige wirtschaftliche Probleme waren zu bewältigen, so Peter Hampe von der Münchner Hochschule für Politik. Das Produktionsniveau in der DDR am Ende der 1980er-Jahre habe nur 30 Prozent im Vergleich mit dem Westen betragen und die Einkommen seien deutlich niedriger gewesen. Durch den Verzicht auf Marktpreise und Wettbewerb hätten in der DDR Versorgungsmängel und unverkäufliche Ladenhüter das Marktangebot bestimmt. „Der Verzicht auf Wettbewerb war wirtschaftlicher Selbstmord“, stellte Hampe fest. Die Abschottung vom Weltmarkt und die geringen Leis-



tungsanreize hätten dazu geführt, dass in der DDR die technologische Lücke immer größer wurde.

Auch ineffiziente Unternehmen habe man staatlich subventioniert und die Beschäftigten nicht entlassen. Die Industrieanlagen, aber auch Wohnhäuser und Infrastruktur seien völlig veraltet gewesen. Man lebte von der Substanz. Nur vor diesem Hintergrund verstehe man, dass 1990 die ostdeutsche Industrie um 60 Prozent eingebrochen sei, so Hampe. Auch der massive Rückgang der ostdeutschen Exporte in die Mitgliedsländer des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe habe zu dem Wirtschaftskollaps beigetragen. Für Exporte in den Westen habe es an preislicher und qualitativer Wettbewerbsfähigkeit gefehlt.

Piotr Pysz von der Hochschule für Finanzen und Management in Bialystok verglich die Transformation Ostdeutschlands mit derjenigen in Mittel- und Osteuropa. Den ostdeutschen Weg zur Marktwirtschaft bezeichnet er als „importierte Transformation“. Es sei eine Mischung aus einer ökonomischen „Superschoktherapie“ und sozialpolitischem „goldenen Handschlag“



Piotr Pysz: „Ökonomische ‚Superschoktherapie‘ mit sozialpolitischem ‚goldenem Handschlag.‘“

denen Handschlag“ gewesen. Während Osteuropa die Währungen abwertete und den Übergang aus eigener Kraft hätte bewältigen müssen, habe Ostdeutschland eine massive Aufwertung der Währung verkräften müssen.

Vorteil gewesen, doch habe der Angebotsschock seitens der westdeutschen Industrien der ostdeutschen Wirtschaft stark zugesetzt. „Der Absatz am Binnenmarkt kollabierte, weil die Ostdeutschen nur noch Westwaren mit Westgeld kauften“, meinte auch Peter



Karikatur: Kostas Koufogiorgos/toonpool.com

Peter Hampe verdeutlichte dies mit Zahlen: Im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion seien Geldvermögen und Schulden im Verhältnis 2:1, Löhne, Renten und Preise dagegen im Tauschverhältnis 1:1 in D-Mark gewechselt worden. Dies habe zu einem impliziten Aufwertungseffekt der DDR-Mark von mehr als 400 Prozent geführt. Der Zusammenbruch der Wirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit seien durch erhebliche Transferleistungen aus dem Westen sozial flankiert und abgedeckt worden.

400 Prozent Aufwertung

Pysz argumentierte, Ostdeutschland habe im Gegensatz zu Osteuropa den Vorteil gehabt, dass die Institutionen von Demokratie und Marktwirtschaft einfach mit massiver westdeutscher Unterstützung übernommen werden konnten. Das „institutionelle Geschenk“ der Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik sei ein

Hampe. 41 Jahre Mangelwirtschaft hätten die ostdeutsche Bevölkerung geprägt. 1990 sei die DDR nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich am Ende gewesen.

Nach etwa 15 Jahren des Aufholens hatte man etwa 80 Prozent des Sozialprodukts pro Kopf erreicht. Danach ist „die Lücke im Wohlstandsniveau relativ gleich geblieben“, beobachtet Joachim Ragnitz vom ifo Institut Dresden. Auch heute seien die Arbeitslosenzahlen in den neuen Bundesländern höher und das Vermögen niedriger. Letzteres sei zu Zeiten der DDR angesichts des Fehlens von Privatunternehmen ausgesprochen schwierig anzuspüren bzw. zu erwirtschaften gewesen.

Verantwortlich für die Konvergenzfortschritte in den neuen Bundesländern sei jedoch eher der Bevölkerungsrückgang als ein höheres Wirtschaftswachstum gewesen, so Ragnitz.

Die seit der Wiedervereinigung andauernden niedrigen Geburtenraten und die hohe Abwanderung in den Westen Deutschlands, insbesondere von jungen qualifizierten Frauen, stelle Ostdeutschland zunehmend vor große Herausforderungen wie Fachkräftemangel und regionale Kaufkraftverluste. Stabilisierend wirkten dagegen die westlichen Transferleistungen und die niedrigeren Ostmieten. Dies führe dazu, dass die verfügbaren Einkommen pro Kopf 90 Prozent des Westniveaus erreichten.

Fachkräftemangel und Kaufkraftverlust

Auch auf die politische Einstellung wirkte sich die wirtschaftliche Situation aus. Angesichts hoher Arbeitslosenzahlen und steigender Mieten kam es bereits 1993 zu einer Welle der DDR-Nostalgie („Ostalgie“). „Aus der Berufstätigkeit hatten viele Menschen ihr Selbstwertgefühl gezogen“, weiß

Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin. Es sei zu einer gefühlten Entwertung als „Deutsche zweiter Klasse“ gekommen. Und auch der Männerüberschuss trage seinen Teil zur gesellschaftlichen Stimmung bei. „Das rechtsradikale Wahlverhalten korreliert mit dem Männerüberschuss“, bestätigte Reiner Klingholz vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Zuwanderung ist nötig

Heute macht Ostdeutschland durch rechtsorientierte Bewegungen wie Pegida Schlagzeilen, welche vor einer vermeintlichen „Islamisierung“ durch Zuwanderung warnen. Frank Richter, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, weist darauf hin, dass der hohe Zulauf dieser Bewegung jedoch ein Dresdner Phänomen sei, das in anderen Städten so nicht auftrat. In dieser Stadt käme einiges zusammen: die bürger-



Frank Richter: „Pegida ist ein Dresdner Phänomen.“

liche Tradition, ein selbstgenügsames Gefühl, zu der auch die Abgeschiedenheit von Westeinflüssen beigetragen haben soll („Tal der Ahnungslosen“). Doch gerade die neuen Bundesländer bräuchten Zuwanderung, um der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken.

„25 Jahre nach der Wende ist der Migrantanteil in Ostdeutschland sehr niedrig. Dort, wo die größten Proteste gegen Zuwanderung sind, herrscht der größte Bedarf“, stellte Reiner Klingholz vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung fest. Ein Paradox. Doch wie kann hier Abhilfe geleistet werden? Frank Richter ist überzeugt: „Durch reden und kommunizieren.“ Er warnte: „Kommunikation kann schiefgehen, Nicht-Kommunikation wird schiefgehen. Aus Mitläufern dürfen keine Mittäter werden.“ Ängste sollten angesprochen werden, Deutschland müsse dafür aber auch seine humanitäre Verantwortung im öffentlichen Diskurs deutlicher kommunizieren. Der Rechtsstaat sei in der Pflicht. Es dürfe keine rechtsfreien Räume wie im Internet oder vor Asylunterkünften wie in Heidenau und anderen Orten Ostdeutschlands geben. ■

Wolfgang Quaisser
Teresa Rupp



Industrie 4.0 – gut leben und arbeiten in der digitalisierten Welt

Neuere Technologien beeinflussen den gesellschaftlichen Wandel. Besonders die Digitalisierung hat die Arbeitswelt in den letzten Jahren revolutionär verändert. Dafür wurde der Begriff der „Industrie 4.0“ geprägt. Betriebsräte der IG Metall aus ganz Deutschland diskutierten mit Experten die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt. „Denken am See“ ist eine Tagungsreihe der Akademie, die seit 2012 in Kooperation mit der IG Metall und dem Bildungswerk der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) durchgeführt wird.

Eine Fernwartungszentrale in Deutschland steuert Maschinen, die in einer Fabrik in China stehen. Der Arbeitskollege aus Stahl bekommt seine Anweisungen über ein Tablet und die Sicherheitsweste des Ingenieurs misst dessen Stresslevel. Dieses Szenario, das zum Teil bereits Realität ist, wirft Fragen auf nach der Zukunft der Industrie und der Arbeitswelt. Und was passiert mit den Menschen, die mit diesem Wandel nicht mithalten können?

Seit dem 18. Jahrhundert und der Erfindung der Dampfmaschine hat sich die Wirtschaft fortlaufend weiterentwickelt. Über Arbeitsteilung und Massenproduktion zu Beginn des 20. Jahrhunderts, gefolgt vom Einsatz von Elektronik und Informationstechnologie zu Beginn der 1970er-Jahre bis hin zur vierten Industriellen Revolution, der Industrie 4.0 und dem Einsatz von Robotern, die über das Internet gesteuert werden.

Trend zur Automatisierung

„Ich glaube, dass alles, was automatisiert werden kann, auch in Zukunft automatisiert wird“, prognostiziert Oliver Burkhard, Arbeitsdirektor bei der ThyssenKrupp AG. Ihm zufolge werden Mensch und Roboter koope-

rativ arbeiten. Es bilden sich zwei Arten von Beschäftigten: Diejenigen, die ausführen, was ihnen die Maschine sagt und diejenigen, die der Maschine sagen, was zu tun ist. Trotz allem vertritt Burkhard die These, dass nach der Digitalisierung eine Phase der Humanisierung folgen wird. Grund



Oliver Burkhard: „Nach der Digitalisierung folgt eine Phase der Humanisierung.“

dafür sind unter anderem die Herausforderungen Demographie und Diversity. „Die Gesellschaft wird älter und bunter, damit müssen wir umgehen“ und: Digitalisierung allein führt nicht zum Erfolg: „Man muss die richtigen Mitarbeiter suchen, nicht zwingend die Besten.“

„Arbeit wird sich weitreichend wandeln!“ Dieser These stimmt auch Hartmut Hirsch-Kreinsen von der TU Dortmund zu. Dies bedeute, dass repetitive Arbeiten zunehmend automatisiert und Facharbeit standardisiert würde. Die Entwertung von Fachqualifikation berge aber auch Chancen für neue Qualifikationen wie beispielsweise IT-Kompetenz. Es



Hartmut Hirsch-Kreinsen: „Repetitive Arbeiten werden zunehmend automatisiert und Facharbeit standardisiert.“

Fotos: Rupp

bedarf folglich einer Berufsbildung 4.0. Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall, sieht im deutschen dualen Berufsausbildungssystem ein gutes Fundament, denn es könne flexibel auf die neuen Anforderungen reagieren.

Gefahren neuer Arbeit

Ein Problem sieht Urban dagegen gerade bei der Zusammenarbeit von Mensch und Roboter hinsichtlich der Sicherheit am Arbeitsplatz. Stoß- und Quetschunfälle, aber auch die psychischen Auswirkungen hätten Folgen für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Das gleiche Problem stellt sich

auch für den Faktor mobile Arbeit, also die Entkopplung von Arbeit und Arbeitsstätte. Wie soll hierbei die Kontrolle durch einen Betriebsrat erfolgen? Deshalb seien ohne arbeitspolitische Interventionen, ohne aktive Beteiligung der Interessenvertretungen, ohne neue und zusätzliche Regulation die möglichen Risiken für Arbeit und Qualifikation nicht zu beherrschen.



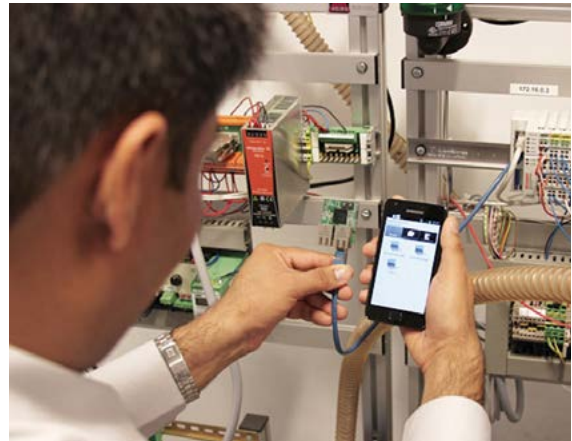
Doris Aschenbrenner: „Die Scheunentore der Datensicherheit stehen sehr weit offen!“

Doch nicht nur die Kontrolle der Arbeit selbst stellt künftig ein Problem dar. Wenn hochsensible Produktionsdaten über das Internet an das andere Ende der Welt geschickt wer-

den, bedarf es höherer Sicherheitsvorkehrungen. „Die Security-Scheunentore sind sehr weit offen!“ warnt Doris Aschenbrenner von der Universität Würzburg. Die Unternehmen stünden vor einem dauerhaften Trade-off zwischen Sicherheit und Maschinen bzw. Daten im Netz. Lösungen in Form von Know-how oder Sicherheitssoftware sind oftmals teuer, aber unverzichtbar. Wer seine Daten nicht schützen kann, hat einen Wettbewerbsnachteil und ist womöglich Wirtschaftsspionage oder Sabotage ausgeliefert.

Unter den Arbeitnehmern treffen gegenwärtig zwei Generationen aufeinander. Die sogenannten „Digital Natives“, die bereits in den Prozess der Digitalisierung hineingeboren wurden und damit aufgewachsen sind und diejenigen, für die ständige Erreichbarkeit, soziale Netzwerke und dergleichen Neuland sind. Wie können erfahrene und junge Mitarbeiter zusammengeführt werden? Ein Ansatz ist die Qualifizierung 4.0 in Form von Weiterbildung.

„Diejenigen, die sie wollen, müssen sie auch bekommen“, sagte Arbeitsdirektor Burkhard.



Nahtlose Kommunikation vom Sensor bis ins Internet ist eine Voraussetzung für Industrie 4.0

Foto: wikimedia commons / Institut für industrielle Informationstechnik

Laut einer Studie der Internetbank ING-DiBa sind 18,3 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland durch die Digitalisierung bedroht. Hirsch-Kreinsen argumentierte dagegen: Kurzfristig werde es zu Jobverlusten kommen, aber langfristig würden sich neue Aufgaben eröffnen, es komme zur Effizienzsteigerung und Produktinnovation. Auch Oliver Burkard blickt positiv in die Zukunft: Industrie 4.0 und Arbeit 4.0 heißen, dass der Mensch weiter gebraucht werde. Seine Kreativität, seine Intuition, seine Fähigkeit in Interaktion und Kommunikation seien eben einmalig „menschliche“ Leistungen, die auch für die Digitalisierung benötigt würden.

Zu konzipieren, zu experimentieren, zu justieren, die Richtung vorzugeben – all das werde, so Burkhard, weiter die Domäne des Menschen sein. Vielleicht werde sogar ein Zeitalter der Humanisierung eingeleitet. Hans-Jürgen Urban verwies dagegen auf vier Entwicklungsszenarien für die Gesellschaft: Das Prosperitäts-, das Niedergangs- und das Polarisierungsszenario. Urbans Fazit: „Keiner von uns weiß, was passieren wird.“



Zeichnung: Liebermann

*Teresa Rupp
Wolfgang Quaisser*

Energiewende(n) – Politik unter Druck

Erfolgreiche Strategien brauchen den Dialog mit dem Bürger

Es ist eine Herausforderung, die deutsche Energieversorgung zu reformieren. Seit 2011 ist der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossene Sache. Bis 2050 soll die auf fossilen Brennstoffen beruhende Energieversorgung in Deutschland auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Ein festes Konzept allerdings, wie die Energiewende ausgestaltet werden kann, fehlt. Stattdessen reklamieren immer mehr Bürger und Initiativen Beteiligungsansprüche für sich.

Bedrohen nun „Wut- und Dagegenbürger“ die Energiewende? Was rüttelt sie auf? Welche Rolle spielen die Ansprüche, sich an dem Konzept zur künftigen Energieversorgung zu beteiligen? Werden dadurch schnelle Politikwechsel zu einem Phänomen der deutschen Politik? Diese Fragen diskutierten zwei Tage lang Teilnehmer aus verschiedenen Branchen und Experten aus unterschiedlichen Fachbereichen.

Der Ausstieg vom Ausstieg vom Ausstieg

Der Ausstieg vom Ausstieg vom Ausstieg war das Beispiel, an dem sich die Frage nach rapiden Politikwechseln festmachte. Gemeint ist der von der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2000 beschlossene Atomausstieg, der von der schwarz-gelben Bundesregierung im Herbst 2010 durch die „Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke“ in die Zukunft verschoben wurde, um dann 2011 unter dem Eindruck der Katastrophe von Fukushima wieder vorgezogen zu werden.

Haben Bürgerinitiativen, hat ein demoskopisch vernehmbarer Druck der Bürger diesen Politikwechsel befördert? „Nein“, sagt Christoph Stefes, der am Ecologic Institute in Berlin und an der University of Colorado in Denver forscht. Er sieht in der öffentlichen Meinung eine Konstante in der Energiepolitik seit 1990, die die Poli-

itikwechsel nicht unmittelbar beeinflusst hat: „Die Brüche sind sogenannten Policy Entrepreneurs zu verdanken, die kritische Augenblicke nutzen. Die Energiewende hat nicht unter dem unmittelbaren Druck der Bürger stattgefunden“.

2011 keine Weichenstellung

Wenn man von Weichenstellungen im Sinne eines relevanten institutionellen Eingriffs spricht, kann man nach Stefes das Ausstiegs-Moratorium 2010 und dessen Volte 2011 durchaus ignorieren. Vielmehr gab es in der deutschen Energiepolitik drei andere kritische Weichenstellungen: im Jahr 1990 mit dem Stromeinspeise-Gesetz (auch als Nachwirkung der Katastrophe von Tschernobyl), 2000 mit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), das die bevorzugte Stromeinspeisung aus regenerativen Quellen regelt, und 2014 mit dem reformierten EEG (u. a. infolge der Kritik an einer „Kostenexplosion“ und der Anpassung ans europäische Recht). Weichensteller waren demnach Politiker und Regierungsbeamte mit entsprechender Expertise, persönlichem Interesse und Kontakten. Die öffentliche Meinung und die Bürger seien instrumentalisiert worden, um die Energiewende zu fördern oder zu unterminieren. Eine wesentliche Beeinflussung auf Druck der Bürger habe aber nicht stattgefunden.

Stefes Fazit: „Die Bürger unterstützen die Energiewende nur, weil institutionelle Weichenstellungen vorgenommen wurden.“

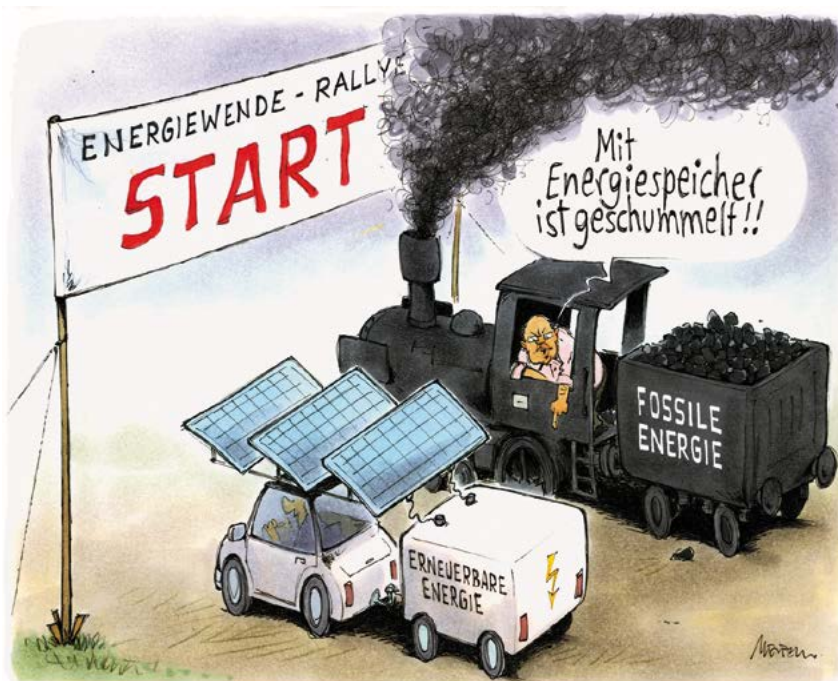
Das Phänomen des schnellen Politikwechsels beleuchtete Friedbert Rüb von der Humboldt-Universität zu Berlin. Der Wissenschaftler, der sich mit der Transformation von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemen beschäftigt, ging die Thematik zunächst theoretisch-abstract an. Er erläuterte die Systematik zur Einordnung politischer Verände-



Friedbert Rüb beobachtet eine Zunahme rapider Politikwechsel

rungen. Demnach gibt es vier verschiedene Typen von Policy-Variationen – je nach Geschwindigkeit und Umfang. Die Variation, die sowohl schnell als auch umfassend ist, bezeichnet Rüb als rapiden Politikwechsel.

Weitere vier Modi definierte der Forscher je nach Herrschaftstopographie (von „oben“ oder „unten“) und hoher beziehungsweise niedriger Intentionalität des Wechsels. „Häufig sind lediglich Reaktionen der Politik auf den faktischen Moment zu beobachten“, sagte Rüb unter Verweis auf die Einwanderungspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel.



Zeichnung: Mester

Er stellte eine Zunahme rapider Politikwechsel fest und beobachtete: „Die Politik reagiert immer mehr.“ Die Tatsache, dass radikale Politikwechsel unter zeitlichem Druck, daher ohne ausgearbeitete Konzepte und ohne die breite Beteiligung relevanter Gruppen stattfinden, führe im Endeffekt zu einer Entdemokratisierung: „Das rächt sich eines Tages.“ Gleichwohl sieht er hier die Energiewende(n) nicht betroffen: Die Arbeitsmarktreformen unter Schröder, die Bundeswehrreform unter zu Guttenberg oder die aktuelle Wende in der deutschen Flüchtlings- und Asylpolitik seien hier viel „radikaler“.

Kollektive Selbsttäuschung?

Marc Oliver Bettzüge (Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln) verdeutlichte, dass man bei allen Chancen und Sympathien für die Energiewende auch die sich daraus ergebenden Herausforderungen nicht aus den Augen verlieren sollte: So sei der unmittelbare Ausstieg aus der Kernenergie zwar politisch einfach, aber er bedeute zugleich den Verlust einer strategischen Option in Hinblick auf die Energiesicherheit. Hinzu

käme, dass er sich aus der Dekarbonisierungsperspektive eher kontraproduktiv auswirke. Denn die erneuerbaren Energiequellen hätten nicht das Potenzial, bis 2050 den Energiebedarf in Deutschland zu 100 Prozent zu decken. Vielmehr geht er von der pessimistischen Prognose aus, dass – ohne eine gleichzeitige Diversifikation der Energiequellen im gesamteuropäischen Rahmen – lediglich ein Drittel des (heutigen) Energieverbrauchs verlässlich durch regenerative Quellen abdeckbar ist. Damit die Rechnung dennoch aufginge, müsste man die übrigen zwei Drittel durch Energieeffizienz einsparen. Dies sei eine Illusion, die verdeutliche, wie wichtig hier eine breit angelegte politische und öffentliche Debatte wäre. Stattdessen scheine man in Deutschland in Sachen der Energiewende einer kollektiven Selbsttäuschung zu erliegen.

Bettzüge identifiziert vier „Erfolgsfaktoren“, weshalb bei diesem energiepolitischen Großprojekt nach wie vor politischer und gesellschaftlicher Konsens vorliegt.

1. Die Umlagefinanzierung verhindere offene Verteilungskonflikte. Würde die Energiewende hingegen aus dem Staatshaushalt finanziert, müssten da-

für jährlich rund 20 Milliarden Euro veranschlagt werden. Resultat wären vehemente politische Konflikte.

2. Durch Ausnahmeregelungen und Ermäßigungen würde die Industrie spürbar entlastet. Insofern geht sie bei den Reformen im Energiesektor mit und übt keinen Widerstand aus.

3. Durch die bundesweite Wälzung des Aufwands werden regionale Disparitäten und Engpässe nivelliert, sodass es nicht zu Spannungen zwischen einzelnen Ländern kommt.

4. Die Umlage ist deutschlandbezogen: Insofern kommt sie nur deutschen Anbietern zugute und verpufft nicht im EU-Binnenmarkt. Der Standort Deutschland profitiert, die Erträge werden nicht exportiert.

Wenn auch nur eine dieser Säulen wegbrechen sollte, etwa wenn sich eine Unvereinbarkeit mit dem EU-Recht herausstellte, würde die politische und gesellschaftliche Unterstützung für die Energiewende rapide einbrechen, so Bettzuges Einschätzung. Insofern plädiert er für einen differenzierteren Umgang: in der Politik und in der Öffentlichkeit. Es müssen alle Karten auf den Tisch.

Energie-Soli für alle?

Die Verteilungseffekte infolge der Umstellung des deutschen Energieversorgungssystems beleuchtete Stephan Sommer vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen. Zum einen seien asymmetrische Auswirkungen der Energiewende in den jeweiligen Verhältnissen zwischen Industrie und privaten Haushalten, zwischen Eigentümern und Mietern sowie zwischen einzelnen Regionen zu beobachten.

Zum anderen – und damit einhergehend – verstärke die EEG-Umlage soziale Disparitäten: So sei seit 2000 die Belastung der ärmeren Haushalte durch die Energiekosten überproportional gestiegen. Mehr noch: Hochrechnungen zeigen, dass hier auch künftig die Schere weiter auseinandergehen werde. Dies sei weniger ein Argument gegen die Energiewende



als vielmehr für einen ganzheitlichen politischen Ansatz, der entsprechende Effekte abfedert.

Aus sozialpolitischer Perspektive könne man beispielsweise die Möglichkeit von Transferzahlungen an einkommensschwächere Haushalte erwägen. Reformen der Umlagefinanzierung entweder in Richtung eines Energie-Soli, der an Einkommen gekoppelt ist, oder in Richtung einer Finanzierung aus dem Staatshaushalt wären weitere Optionen. Aus energiepolitischer Perspektive ließen sich die asymmetrischen Effekte einerseits durch stärkere Anreize zu Energieeinsparungen und -effizienz sowie durch eine Drosselung des Ausbaus der erneuerbaren Energien – und damit durch die Reduzierung der Umlagegrundlage – beschränken. Auf jeden Fall sieht Sommer politischen Handlungsbedarf: Denn die negativen sozialen Effekte könnten auf Dauer sowohl den gegenwärtigen politischen Konsens beeinträchtigen als auch die öffentliche Unterstützung für die Energiewende bröckeln lassen.

Doch bereits heute gibt es nicht nur vereinzelt Bürgerproteste gegen Infrastrukturprojekte im Zuge der Energiewende. Stine Marg vom Institut für Demokratieforschung an der Universität Göttingen zeigte anhand empirischer Untersuchungen, dass es zwar einen breiten gesellschaftlichen Kon-

sens gibt, dass die Energiewende sinnvoll und notwendig ist, gleichwohl aber keine Geschlossenheit bei der Frage, wie diese konkret auszugestalten sei. Denn dieses energiepolitische Großprojekt bestehe nicht alleine im Ausstieg aus der Kernenergie, sondern weise weitere essenzielle Elemente auf, zu denen u. a. Stromleitungen, Solarparks und Windkraftanlagen, Ersatzkraftwerke oder auch Pumpspeicherwerke gehörten. Und hier regt sich durchaus bürgerlicher Widerstand.



Stine Marg: Akzeptanzprobleme bei der konkreten Gestaltung der Energiewende

Die Motivlagen seien vielfältig und würden von Unsicherheit über ausgeprägtes Umweltbewusstsein bis zur Lust am Widerstand und dem Sankt-Florians-Phänomen reichen. Zudem

könne man gerade bei den Begleitprojekten der Energiewende das sogenannte BANANA-Symptom (Build Absolutely Nothing Anywhere Near Anyone) beobachten: „Nicht alle, die sich gegen Windkraftanlagen wehren, sind von deren ‚Schlagschatten‘ betroffen“. So möchte zwar die Bevölkerung mehrheitlich die Risiken der Atomenergie gebannt wissen, zugleich ist sie aber am Status quo orientiert und veränderungsresistent: Die Umstellung der Energieversorgung soll am besten keine Auswirkungen auf das Lebensumfeld der Menschen haben.

Schule der Partizipation

Gleichwohl handelt es sich bei dem Aufbegehren keinesfalls um Massenphänomene: Die mediale Präsenz und die thematische Brisanz vermittelten zwar den Eindruck, dass die Protestgruppen zahlreich vorhanden sind und viele Anhänger vorweisen. Empirische Untersuchungen widerlegen dies. Widerstände formierten sich vor allem auf dem Land, in kleinen Gemeinden, Kommunen und Dörfern und treten vor allem dort auf, wo Anlagen und Infrastrukturmaßnahmen geplant werden. Aus diesem zweckgerichteten Protest entstehen nicht selten nachhaltige zivilgesellschaftliche Strukturen, die sich dann allgemein ins öffentliche Leben einbringen. Insofern fungiert die Energiewende durchaus als eine Schule der bürgerlichen Partizipation.

Unter dem Strich sind die eingebrachten Ansprüche legitim und meist berechtigt. Problematisch erscheine allerdings der Zeitpunkt, zu dem sie dann massiv erhoben werden: In der Regel sind da die Planungs- und Genehmigungsverfahren bereits abgeschlossen und es werden erste Baumaßnahmen umgesetzt. Dies stelle Herausforderungen sowohl für die Bürger als auch für die Politik dar: Bei den ersteren fehlt oft das Verständnis für Verwaltungsabläufe und die Logik des Politischen, sodass nicht selten der richtige Punkt für die effektive Teilhabe verpasst wird. Die Politik sei aufgefordert, entsprechende frühe Betei-



Bürger demonstrieren im Mai 2014 in Berlin für die Energiewende

Foto: Molgreen / wikimedia commons

ligungsstrukturen zu forcieren, die Bürger zu einem früheren Zeitpunkt zu aktivieren und in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Breit denken und kommunizieren

Insgesamt zeigte die Tagung, dass eine erfolgreiche und nachhaltige Energiewende in Deutschland ein klares Konzept benötigt und dass das Projekt ganzheitlich angegangen werden muss: Der Umbau der Energieversorgung ist eben nicht nur eine „Strom-

wende“ oder eine „Wärmewende“. Mehr denn je ist Energiepolitik verwoben mit sozial- und bildungspolitischen Herausforderungen. Die Energiewende ist insofern auch eine „Gesellschaftswende“. Diese müsse als solche von der Politik moderiert und gestaltet und von den Bürgern mitgetragen werden. Erforderlich hierfür ist ein breiter öffentlicher Diskurs über Kosten, Nutzen, Vor- und Nachteile sowie eine aufgeklärte politische Führung, die sich gesellschaftliche Unsicherheiten zur Aufgabe nimmt, Responsivität an den Tag legt und offene Kommunikationsprozesse mit Bür-

gern und Bürgerinitiativen eingeht. Zudem dürfe die Energiewende nicht allein national gedacht werden. Denn damit sie ihre ambitionierten Ziele erreicht, muss sie letztlich in gesamt-europäischer Dimension erfolgen oder zumindest grenzüberschreitende Harmonisierungen anstreben. Nur eine breit verstandene und konzipierte Energiewende kann in ihrem gesamten Umfang das erhoffte Erfolgsprojekt werden. ■

*Andreas Kalina
Miriam Zerbel*

Nachhaltige Energieversorgung auf demokratischem Fundament?

Herausforderungen der Energiewende in und für Bayern

Im Streit um die Energiewende hat sich eine paradoxe Situation entwickelt: Laut Umfragen unterstützt die Mehrheit der Deutschen den Wechsel von Atom- und Kohleverstromung hin zu regenerativen Energieträgern. Gegen die dafür notwendigen Anlagen und Netze regt sich jedoch vielerorts Widerstand in der Bevölkerung, der den Bau von Windkraftanlagen, Pumpspeicherwerken oder Stromtrassen stark verzögert oder gar unmöglich macht.

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene sieht sich die Politik konfrontiert mit dem Spannungsverhältnis von Beteiligungsansprüchen der Bürger einerseits und der Notwendigkeit der stringenten Umsetzung der energiepolitischen Ziele andererseits. Darüber diskutierten die Landtagsabgeordneten Markus Blume (Vorsitzender der CSU-Wirtschafts- und Grundsatzkommission), Ludwig Hartmann (Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen) und Natascha Kohnen (Generalsekretärin der Bayern-SPD und energiepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion) sowie der Landesbeauftragte vom BUND, Richard Mergner.

Um den Zielkonflikt zwischen Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit zu entschärfen, ist laut Blume ein neues Energiemarkt-

„Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben.“

Markus Blume MdL (CSU)

Design notwendig, das korrekte Preissignale setzt. Denn der im Zuge der Energiemarktliberalisierung geschaffene Strommarkt handelt ausschließ-

lich Strommengen. Mit der Energiewende stößt er allerdings an seine Grenzen: Vielmehr muss er auch die Versorgungssicherheit einpreisen und Investitionsanreize liefern. Blume unterteilt die Energiewende in Bayern in den Ausbau der regenerativen Energieerzeugung einerseits und die nun angebrochene Phase der Energiemarktgestaltung andererseits. Im Hinblick auf die Energieziele der Bundesregierung machte Blume deutlich, dass man die Realität beachten müsse, besonders die Preisentwicklung und damit potenzielle Standortnachteile für deutsche bzw. bayerische Unternehmen. Insgesamt müsse allen Beteiligten klar sein: „Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben.“

Natascha Kohnen legte Wert darauf, dass die verschiedenen Dimensionen und der breitere Kontext der Energiewende betrachtet werden: Man müsse neben den energiepolitischen, wirtschaftlichen und umwelttechnischen Aspekten auch die soziale Dimension im Auge behalten. Die Energiewende sei eben nicht allein durch die entsprechende Infrastruktur zu vollziehen.

Es brauche genauso ein Umdenken in der Bevölkerung und Sensibilität. Hier müsse die Politik deutlich mehr Führung, Ehrlichkeit und schlüssige Kommunikation an den Tag legen. Zudem sei die Energiepolitik auch stark mit anderen Bereichen verwoben, etwa mit der Bildungsfrage und dem Wohnungsbau. Insbesondere der mit der Energiewende mitschwingende bildungspolitische Auftrag würde von der bayerischen Staatsregierung momentan nicht ausreichend erfüllt. Für Kohlen ist die Energiewende vor allem auch eine nationale Aufgabe: Stromtrassen und Erzeugungskapazitäten könne kein Bundesland alleine und autark organisieren, hier sei eine bundesweite Harmonisierung nötig.

Mehr Bürgerbeteiligung

Mit dem Blick auf die Akzeptanz der Infrastrukturprojekte in der Bevölkerung plädierte GRÜNEN-Politiker Ludwig Hartmann für eine frühere und umfassendere Bürgerbeteiligung. Ähnlich wie bei der Planung und dem Bau von Landstraßen sollten bei Stromtrassen insbesondere die Landkreise und ihre Gremien von Anfang an aktiv beteiligt werden.

„Wir müssen wieder Ehrlichkeit in die Debatte bringen – in den letzten Jahren wurde viel Vertrauen zerstört.“

*Ludwig Hartmann MdB
(Bündnis 90/Die Grünen)*

Nach seiner Ansicht ist das Potenzial des Ausbaus der regenerativen Energien bei Weitem nicht ausgeschöpft. Er forderte deshalb von der Staatsregierung, klare Signale zu senden: „Wir müssen wieder Ehrlichkeit in die Debatte bringen – in den letzten Jahren wurde viel Vertrauen zerstört.“ Dazu gehört es auch einzu-



Windparks wie hier im Sönke-Nissen-Koog (Nordfriesland) sind in Bayern politisch heftig umstritten

Foto: Goegeo / wikimedia commons

gestehen, dass durchaus neue Stromtrassen nötig sind. Letztlich sei der geplante Ausbau der Trassen im Vergleich zu den in Deutschland bestehenden 36.000 Kilometern an Hochspannungsleitungen relativ gering. Hartmann monierte, dass Bürger und Unternehmen zu viele Richtungsänderungen in der Energiepolitik erleben und dadurch sowohl Politikvertrauen wie auch die Investitionssicherheit im Bereich der erneuerbaren Energien verlieren. Die Regierung scheine eine Politik ohne den tieferen „Glauben“ an die Energiewende zu betreiben; daher wirke die bayerische Energiepolitik oft nicht überzeugend.

Dezentrales Energiekonzept

Fehlende Transparenz in Bezug auf politische und wirtschaftliche Akteure kritisierte der BUND-Landesbeauftragte Mergner: „Atompolitik“, so Mergner, „war besonders in Bayern immer auch Machtpolitik.“ Die versteckten Kosten der Atomenergie dürften nicht unterschlagen werden. Insgesamt sei das Energiekonzept der etablierten Parteien unzureichend. Es müsste vorrangig auf die Potenziale der dezentralen Energiewende abstellen und ambitioniert Stromsparen, Energieeffizienz, dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung sowie den konsequenten Übergang auf erneuerbare Energien vorantreiben. Ein dezentrales Energiekonzept, das stärker auf Energiesparen und -effizienz abstelle, mache die geplanten „Stromautobahnen“ überflüssig. Erfor-

derlich sei lediglich ein moderater Ausbau von Mittelspannungsleitungen, der durchaus auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stoßen würde.

Deutsches Vorbild

Alle Diskutanten waren sich einig: Die Energiewende könne ihre Früchte erst dann tragen, wenn sie zu einem gesamteuropäischen Projekt wird – eine deutsche Insellösung habe vor allem eine Vorbildfunktion, könne aber alleine nicht substanzielle Auswirkungen in Bezug auf Ressourcenschonung, Umweltschutz und Klimawandel bringen. Denn zum einen kennen die externen Effekte von Energieerzeugung und Energiekonsum keine nationalen Grenzen. Zum anderen ließe sich das spannungsgeladene Zieldreieck der Energiepolitik – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Umweltverträglichkeit – durch einen europäischen Ansatz entschärfen: Eine europäische Energiepolitik erleichterte die Diversifizierung der alternativen Energiequellen, was europaweit die Versorgungssicherheit steigerte. Gleichzeitig verhinderte man durch eine einheitliche Strompreisstruktur die Entstehung eventueller Standortnachteile. Aber eine „gesamteuropäische Energiewende“ ist im Moment nicht abzusehen. Daher lohne es, dass Deutschland vorausgehe und im Sinne von Best Practices positiv auf die Energiepolitik der Nachbarstaaten einwirke. Dieses sei der realistischere Weg zu einer europäischen Energiewende. ■

*Andreas Kalina
Moritz Neubauer*

Globalisierung und regionale Integration

Ökonomische Entwicklungen, Perspektiven und Grenzen

Eine klassische These der Ökonomie lautet: Weniger Beschränkungen im Handel und Kapitalverkehr vermehren die Wohlfahrt. Auf dieser Idee basieren nicht nur der europäische Binnenmarkt, sondern auch internationale Verträge wie das Transatlantische Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership TTIP). Allerdings nehmen die Zweifel zu, ob schrankenloser Handels- und Kapitalverkehr immer von Vorteil ist. Der Ruf nach besseren internationalen Regelwerken wird lauter. Zudem wachsen die Bedenken in Europa, ob die Leitidee einer „ever closer Union“, d. h. einer irreversiblen Vertiefung der EU, weiter Bestand haben kann. Die aktuelle Krise in Griechenland schürt zudem die Bedenken, ob die Währungsunion zumindest in der gegenwärtigen Form überlebensfähig sein kann.

Der britische Wirtschaftshistoriker Harold James von der Princeton University machte in seiner Einführung deutlich, dass man Europa als Mikrokosmos der großen Globalisierung betrachten müsse. Die immer stärkere Vernetzung der Welt führe dazu, dass europäische Probleme sofort globale Rückwirkungen hätten und umgekehrt. Dies erkläre, warum man in Asien und Amerika ganz genau beobachte, wie bzw. ob die Europäer ihre

Wirtschafts- und Währungsprobleme lösten und umgekehrt. Schon in seinem berühmten Buch: „The End of Globalization“ zeigte James anhand des Zerfalls der stark verflochtenen Weltwirtschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts, dass wirtschaftliche Integrationsprozesse nicht unumkehrbar sind, sondern auch zum Schaden aller in Nationalismus, Protektionismus und Zerstörung enden können. Es herrschten eben nicht nur ökonomische Triebkräfte, die Integration und Kooperation förderten, sondern politische Entscheidungen könnten Gegenkräfte entfesseln.

Ökonomische Trilemmas

Ohnehin müssten Entscheidungen im Kontext wirtschaftlicher Sachzwänge gefällt werden und wirtschaftliche Ziele ließen sich nicht konfliktfrei verfolgen. Mit vielen historischen Beispielen erläuterte der Wirtschaftshistoriker vier solcher „Trilemmas“, in denen maximal zwei, nicht jedoch alle drei Ziele gleichzeitig erreicht werden. Das erste klassische makroökonomische Trilemma bestehe – so James – bei freiem Handel zwischen dem Ziel der Kapitalmobilität, festen Wechselkursen und monetärer Autonomie.

Wolle man freie Kapitalbewegungen und geldpolitische Autonomie, dann müsse man ein flexibles Wechselkursregime (z. B. zwischen USA und EU) einführen. Würde man sich für fixe Wechselkurse und geldpolitische Autonomie entscheiden, dann müsse der Kapitalverkehr beschränkt werden (z. B. China), wogegen die Entscheidung für fixe Wechselkurse bei freiem Kapitalverkehr zu einem Verzicht der geldpolitischen Autonomie (z. B. Hongkong) führe.

Will man den Kapitalverkehr bei festen Wechselkursen freigeben, läuft man Gefahr die Finanzstabilität zu gefährden. James konkretisiert dieses zweite Trilemma historisch anhand der Finanzkrisen in den USA in den 1980er-Jahren, in Argentinien Ende des 19. Jahrhunderts und in Mitteleuropa speziell in der Weimarer Republik in den 1920er-Jahren. Jüngere Beispiele seien einige asiatische Länder in den 1990er- und die südeuropäischen Länder im Kontext der Europäischen Währungsunion in den 2000er-Jahren. In vielen, aber nicht allen Fällen, sei der massive Zustrom ausländischen Kapitals bei konstanten Wechselkursen Auslöser von Finanzkrisen gewesen. Billiges Geld habe eine hohe private und öffentliche Verschuldung stimuliert, die dann noch durch die Rettungsaktionen des Staates zusätzlich in die Höhe getrieben wurde.

Eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs könne aber auch zu Spannungen in den politischen Systemen führen, so Harold James. Der Kapitalzufluss sei meist politisch erwünscht, aber auch eine autonome Geldpolitik. Dies gehe vielfach nicht konfliktfrei, womit James das dritte Trilemma zwischen Kapitalmobilität, autonomer Geldpolitik und Demokratie ansprach. Demokratien täten sich schwer, die langfristigen institutionellen Rahmenbedingungen für einen kontinuierlichen Kapitalzufluss zu gewährleisten.



Harold James: „Nicht hoffnungslos gefangen in den vier ökonomischen Trilemmas.“
Fotos: Soutschek / Zerbel

Gelänge dies nicht, drohe ein Versiegen des Kapitalzuströms mit negativen ökonomischen und politischen Folgen.

Rechter und linker Populismus

In einer solchen Situation gewännen populistische Strömungen an politischem Einfluss. Die Linken argumentieren – so James – mit den hohen sozialen Anpassungskosten der Globalisierung, die Rechten mit dem Verlust von nationaler Souveränität. Historisch sei dies in der Großen Depression der 1930er-Jahre aber auch nach der Finanz- und Eurokrise zu belegen. Demokratien könnten intern darauf mit Gesetzen (stabiler Rechtsrahmen für Investitionen) und mit einer Umverteilung der Ressourcen (Transferzahlungen, Sicherung des sozialen Ausgleichs) antworten. Nationale Gesetzgebungen könnten jedoch unterlaufen werden bzw. problematische Nebeneffekte erzielen. Die Umverteilung durch beispielsweise höhere Besteuerung stoße in Zeiten des internationalen Standortwettbewerbs auf Grenzen.

Man könne mit internationalen Abkommen den Spielraum nationaler Politik eingrenzen und vergleichbare Rahmenbedingungen schaffen, doch auch dies könne in Konflikt zur

Demokratie im nationalen Rahmen stehen. Man denke nur an das Verbot für Subventionen für benachteiligte Gruppen. Auch der Versuch, Anpassungskosten bzw. Umverteilung auf andere Länder abzuwälzen (siehe EU) stieße auf Grenzen. Harold James konstatiert deshalb, dass freie Kapitalflüsse, Demokratie und eine stabile internationale Ordnung nicht gleichzeitig verwirklicht werden könnten (viertes Trilemma). Man sei jedoch nicht hoffnungslos in diesen Trilemmas gefangen, zumal es selten Reinformen (völlige Kapitalmobilität oder vollständig autonome Geldpolitik), sondern vielfach Zwischenlösungen gebe. Letztlich müsse man doch die internationale Kooperation intensivieren, um die destruktiven Kräfte von freien Kapitalbewegungen im Zaum zu halten, sonst drohe „das Ende der Globalisierung“.

TTIP: Heilsbringer oder Teufelswerk?

Gabriel Felbermayr vom Münchner ifo Institut wies die Fundamentalopposition gegen die marktwirtschaftlich verfasste Weltwirtschaftsordnung und insbesondere gegen das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zurück: „Wir haben in Deutschland ein Wirtschaftsmodell, das auf internationalen Handel ausgelegt ist“, bekräftigte der Wirtschafts-

experte. Alle Studien belegten, dass durch TTIP zunehmender Handel und damit mehr Jobs und höhere Einkommen zu erwarten seien. Dennoch könnten einige Branchen in Deutschland, u. a. die Landwirtschaft, Verluste erleiden. Die negativen Effekte für die nicht im Abkommen betroffe-



Gabriel Felbermayr hob die Vorteile von TTIP hervor

nen Drittstaaten gelte es u. a. dadurch zu minimieren, dass Ursprungsregeln großzügig ausgestaltet und harmonisiert sowie gegenseitige Standards anerkannt werden. Die kontrovers diskutierten Fragen bezüglich des Investitionsschutzes (so die Frage der unabhängigen Schiedsgerichte) hält Felbermayr für lösbar.

Der Finanzsektor wurde nach der Finanzkrise von 2008 in Europa umfassend reguliert, sagte der ehemalige Chefvolkswirt der BayernLB Jürgen Pfister. Mehr Eigenkapital als Rücklage für Notfälle sei von zentraler Bedeutung, doch sei es für Banken nur schwer zu mobilisieren. Die Europäische Bankenunion würde nunmehr alle systemrelevanten Banken (ca. 130) durch die EZB überwachen. Banken könnten nun leichter restrukturiert oder abgewickelt werden. Dennoch trafe die Einschätzung des Sachverständigenrates zu, dass „es letztlich illusorisch ist, anzunehmen, dass der Bankensektor in einer systemischen Krise einen nennenswerten Teil der Kosten selbst tragen könnte“ (Jahresgutachten 2014/15). Am Ende kam Pfister zu folgendem Schluss: „Eine



Zeichnung: Stuttmann

vollständige Zähmung des Tigers Finanzmarkt ist auch heute nicht erreicht und es wird sie vermutlich nicht geben. Wenn Politik, Aufsichtsbehörden und Banken aber weiterhin konstruktiv zusammenarbeiten, könnte das Risiko von Krisen zumindest eingedämmt werden.“

Euro-Probleme

Seit der Finanzkrise scheinen die Europäische Union und vor allem der Euro – zuletzt aufgrund der Grexit-Debatte – immer wieder am Rande des Abgrunds zu stehen. Gerhard Illing, Geldmarktexperte an der Universität München, sieht darin allerdings kein ökonomisches, sondern ein politisches Problem. „Eine gemeinsame Währung kann nicht funktionieren, wenn es keine zentrale fiskalische Regelung dafür gibt“, so der Wirtschaftswissenschaftler. Ökonomen hätten dieses Problem bereits bei der Einführung des Euro erkannt, in der Krise träten die Schwächen nun deutlich hervor. Künftig sieht Illing nur zwei Optionen: Entweder werde die EU durch eine verstärkte Integra-



Gerhard Illing forderte mehr politische Integration in Europa

tion zu einer Politischen Union oder es drohe ein Auseinanderbrechen. Die bloße Ergänzung von Regeln, etwa in einem „Maastricht 2.0“, stellt für Illing keine ausreichende Lösung dar. Die Integration könne in zwei Schritten erfolgen: Zuerst sei alles zu unternehmen, was im Rahmen der bestehenden Verträge möglich ist. Anschließend

gehe es um eine institutionelle Vertiefung – einschließlich der Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf europäischer Ebene.

Globalisierung und soziale Ungleichheit

Stephan Klasen von der Universität Göttingen fragte: Hat die Globalisierung die globale Ungleichheit verstärkt? In den letzten Jahrzehnten sei die Wirtschaft der Schwellenländer vor allem in Asien stark gewachsen. „Zwar hat sich die Ungleichheit zwischen den Ländern in Folge der Globalisierung reduziert, die Differenzen innerhalb der Länder – etwa was Reichtum und Armut betrifft – sind aber überall gestiegen“, so Klasen. Dies sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass für einzelne soziale Gruppen sehr unterschiedliche Möglichkeiten bestünden, von der Globalisierung zu profitieren. Um diese in der Zukunft zu verbessern, sei eine aktive Steuerung und strategische Wirtschaftspolitik notwendig, meinte Klasen. Dann könnten noch mehr Menschen an den positiven Effekten der Globalisierung teilhaben.

Primat der Nachhaltigkeit

Auch Michael Jakob vom Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change in Berlin bewertete die Globalisierung positiv, aber er stellte die Frage: „Kann es in dieser Form weitergehen?“ Die zunehmende Knappheit von Rohstoffen, die Übernutzung von CO₂-Absorptionskapazitäten und der Verlust an Biodiversität erforderten jedoch ein Primat der Nachhaltigkeit. Stellt dies eine Grenze für Wachstum und Globalisierung dar? Jakob sieht dies nicht so: „Marktorientierte Wirtschaft und Nachhaltigkeit sind keine unvereinbaren Gegensätze.“ Gerade mit umweltfreundlichen Technologien lassen sich wirtschaftliche Erfolge erzielen. Technische Fortschritte wie klimaneutrale Energien seien dabei zentral, erklärte Jakob. Es sei jedoch unrealistisch, dass die erforderliche Umstellung spontan durch die Märkte selbst erfolge. Dies

sei nur möglich durch bewusste politische Vorgaben. Hierin sieht Jakob die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe für die nächsten Jahrzehnte.

Heinz-Jürgen Axt von der Universität Duisburg sah in der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union die „klassischen Hebel“ zu ihrer Selbstbehauptung. Doch warnte er, der Expansion der EU nach außen stehe die drohende Erosion im Inneren gegenüber. Dem könne man mit zwei alternativen Ansätzen begegnen: die Integrations-Orthodoxie und der Pragmatismus. Nach dem ersten Modell gehe es jetzt darum, das nationalstaatliche Denken aufzugeben und die EU zur Politischen Union weiterzuentwickeln. Der pragmatische Ansatz setze dagegen eher darauf, die EU nach dem Prinzip des „europäischen Mehrwerts“ zu verschlanken. Die Union solle daher nur das verantworten, was die Mitgliedstaaten weniger gut als die Union leisten könnten. Bei der Erweiterung sei eine Konsolidierungsphase angesagt, damit die Integration nicht überdehnt wird. Die bereits eingetretene Differenzierung der Integration müsse jedoch akzeptiert werden. Der pragmatische Ansatz verspreche aus politischen Gründen mehr Erfolg. 📄

*Wolfgang Quaisser
Liza Soutschek
Miriam Zerbel*



Einige der Beiträge wurden im Ifo-Schnelldienst Nr. 16 vom 27. August 2015 veröffentlicht: https://www.ifo-group.de/portal/page/portal/DocBase_Content/ZS/ZS-ifo_Schnelldienst/zs-sd-2015/zs-sd-2015-16

Standortsuche in einer Welt des digitalen Wandels

Hochrangige Juristen diskutieren ihre Rolle zwischen Politik und Medien

Druck von den Medien, Schiedsgerichte als Alternative, lange Verfahren: Justiz und Rechtsstaat stehen vor großen Herausforderungen. Beim zweiten „Forum Verfassungspolitik“ wurden diese Fragen von hochrangigen Juristen und Vertretern anderer Disziplinen erörtert.

Zu den Gästen dieser Kooperation der Akademie mit dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier zählten neben vielen Studierenden unter anderem der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Peter Küspert, der damalige Generalstaatsanwalt und heutige Generalbundesanwalt Peter Frank, der Pressesprecher des Bundesverfassungsgerichts Bernd Odörfer sowie der Völkerrechtler Bruno Simma.

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm vom Wissenschaftskolleg zu Berlin widmete sich den Auswirkungen von überragenden gesellschaftlichen Wandlungsprozessen auf den Rechtsstaat. So könne die Staatsaufgabe der Gewährleistung von Sicherheit nur noch in internationalen Zusammenhängen bewältigt werden.

Dies erfordere jedoch eine unermessliche Informationsbeschaffung, „die so gut wie immer die Grundrechte beeinträchtigt“. Daneben diagnostizierte Grimm eine Tendenz zum „paktierenden Staat“: Heutzutage liege notwendiges Steuerungswissen oft beim Normadressaten, teilweise verbunden mit einer Vetoposition, etwa durch Drohung mit Produktionsverlagerung ins Ausland. Deswegen würden Verhandlungsergebnisse oftmals als Surrogat für gesetzliche Regelungen auftreten.

Armin Nassehi von der Ludwig-Maximilians-Universität eröffnete soziologische Dimensionen des Themas. Recht und Politik hätten eine besondere Nähe, da die Politik die Quelle der Rechtsnormen ist, sagte Nassehi. Allerdings funktionieren Recht und Politik nach jeweils eigener Logik. Vor dem Hintergrund der Zunahme

juristischer Legitimation von politischen Entscheidungen und der Tatsache, dass Recht auch Fragen entscheidet, die nicht rein rechtlich sind, entstehen Störungen. Die Funktion des Bundesverfassungsgerichts läge darin, dies in Einklang zu bringen, so der Soziologe. Dies sei auch ein Beispiel dafür, dass heutzutage Eliten in der Lage sein müssten, die Differenzierungen anderer Teilsysteme zumindest zu erkennen.

Druck der Medien

Der ehemalige Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Karl Huber, der FAZ-Journalist Joachim Jahn sowie der Rechtsanwalt Gernot Lehr diskutierten über „Justiz und Öffentlichkeit“. Huber verwies darauf, dass die Bürger ihre Informationen über Gerichtsverfahren insbesondere aus der Medienberichterstattung beziehen. Die Justiz müsse über die Medien ihre Arbeit und Verfahrensweisen nachvollziehbar machen. Die wachsende Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit zeige sich an einigen Gerichten daran, dass es freigestellte Pressesprecher gebe. Auch in den Köpfen der Richter habe sich etwas geändert. Im möglichen Druck der Medien auf die Justiz läge aber auch ein Gefährdungspotenzial für den Rechtsstaat, nicht nur bei spektakulären Fällen.

Der Journalist Joachim Jahn betonte, dass es bei der Frage der Öffentlichkeit auch um den Rechtsfrieden geht. Im Normalfall seien die Verhandlungen neben den bekannten Ausnahmen zwar öffentlich. In der Praxis existiere jedoch das Problem, dass die Justiz Fragen wie die Abgabe von Handys und von Laptopanschlüssen im Gerichtssaal unterschiedlich handhabe. Auch das Twittern sei eine Grauzone. Jahn sagte zudem, dass viele interessante Zivilrechtsfälle auf Schiedsgerichte übertragen und dort hinter ver-



Prominente Juristen beim Forum Verfassungspolitik: Hans-Jürgen Papier, Dieter Grimm und der bayerische Justizminister Winfried Bausback (von links)

Fotos: Kunert

geschlossenen Türen behandelt würden. Dort seien die Kontrollmöglichkeiten der Medien geschwächt.

Hans-Jürgen Papier und Anwalt Gernot Lehr wiesen darauf hin, dass bereits die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gravierende Folgen für die bürgerliche und soziale Existenz der Betroffenen haben kann. Lehr sagte, dass Justizberichterstattung sehr wichtig sei – ohne sie wären zahlreiche Skandale nie an die Öffentlichkeit gekommen. Durch die Medienberichterstattung sei aber die Unschuldsvermutung – mit Tiefenwirkung über das Internet – Gefährdungen ausgesetzt. Das Verbot der Vorverurteilung sei eine rote Linie, sagte Lehr.

Herausforderungen für die Justiz

Papier erinnerte daran, dass richterliche Tätigkeit durch nichts anderes gesteuert werden kann als durch Verfassung und Recht. Dem Gesetzgeber müsse empfohlen werden, die Normen klar und für die Justiz handhabbar zu formulieren. Der Justizgewährleistungsanspruch bedeute nicht nur den Zugang zu den Gerichten, sondern schließe auch die Effektivität ein. Mit Blick auf die zeitliche Komponente sei es schwierig und von dem vorliegenden Fall abhängig, festzulegen, welche Verfahrensdauer angemessen sei. Er verwies dabei auf die einschlägigen Artikel 6 und 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention, aus der sich Sanktionsmöglichkeiten bei überlangen Verfahren ergeben. Auch auf Streit-schlichtungsverfahren außerhalb der staatlichen Gerichte ging Papier ein. Diese könnten durch aus kostengünstiger und schneller sein sowie den Rechts-



Das Hauptgebäude des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe

Foto: ComQuat / wikimedia commons

frieden fördern. Auf der anderen Seite würde von Gerichtspräsidenten vor fehlender Transparenz und hemmender Wirkung auf Fortentwicklung und Einheitlichkeit des Rechts gewarnt.

„Der Druck auf das Rechtsprechungsmonopol des Staates von außen nimmt zu“, sagte die Präsidentin des Bundesgerichtshofs Bettina Limperg. Der Koalitionsvertrag spreche noch davon: „Wir wollen das Rechtsprechungsmonopol des Staates stärken“. Damals habe es die Debatte um TTIP

und die Schiedsgerichte noch gar nicht gegeben. Phänomene wie Schlichtungsstellen außerhalb der staatlichen Justiz könnten zu einem „Rechtsschutz light“ und damit zu weniger Rechtsschutz führen.

Entgrenzungen

Hinsichtlich der Schiedsverfahren gäbe es immer noch wenig belastbare Zahlen. Aus Sicht des Rechtsprechungsmonopols kritisch zu sehen seien die beschränkte Veröffentlichung



Diskutierten über Justiz und Öffentlichkeit: Karl Huber, Joachim Jahn, Hans-Jürgen Papier, Gernot Lehr und Armin Nassehi (von links)

der Entscheidungen sowie Fragen der Unabhängigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz. Normative Erwartungssicherheit sei gerade in Zeiten rechtlicher Entgrenzungen von besonderer Bedeutung. Limperg plädierte für eine stärkere Pressearbeit der Justiz und legte ein besonderes Augenmerk auf die Personalförderung.

„Die bayerische Justiz ist ein Standortfaktor, nicht nur für die Wirtschaft“, betonte Bayerns Justizminister Winfried Bausback. Als zentrale Handlungsfelder nannte Bausback: Erleichterung für teilweise extrem junge Berufsanfänger durch Fortbildungsangebote, Verbesserungen der Öffentlichkeitsarbeit der Justiz, eine ver-

ständige Sprache zur Erhöhung der Akzeptanz der Entscheidungen und eine Stärkung der Orientierung am Bürger, zum Beispiel durch ein elektronisches Grundbuch. Die Justiz müsse am Puls der Zeit bleiben. ■

Gero Kellermann

Schiedsgerichte auf der Anklagebank

Priate Schiedsgerichte sind mit der Diskussion über das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Sind sie eine Gefahr für den Rechtsstaat oder die passende Antwort auf die Internationalisierung des Rechts?

Diese Frage vertiefte die Abschlussdiskussion des „Forums Verfassungspolitik“. Karl-Heinz Böckstiegel, seit vielen Jahren Vorsitzender von Schiedsgerichten in internationalen und nationalen Verfahren, hob die lange Tradition der Schiedsgerichtsbarkeit hervor. Diese Möglichkeit sei seit über hundert Jahren durch die Zivilprozessordnung eröffnet. Böckstiegel sagte, dass viele Unternehmen diese Alternative zu den staatlichen Gerichten schon deshalb bevorzugen würden, um nicht der staatlichen Gerichtsbarkeit der anderen Partei zu unterliegen, zumal wenn es sich dabei um ein Staatsunternehmen handelt. Vorteile von Schiedsgerichten lägen darin, dass es zwei in Konflikt stehenden Parteien möglich ist, Experten auf dem jeweils zu verhandelnden Fachgebiet als Richter heranzuziehen. Zum anderen seien die Verfahren kostengünstiger und schneller, da sie in einer Instanz abgewickelt werden können. Außerdem hätten Unternehmen ein Interesse daran, dass vertraulich gegenüber Wettbewerbern verhandelt würde.

Für die rechtspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen, Katja Keul, geht es

bei der Diskussion über die Schiedsgerichte insbesondere um das Prinzip des gesetzlichen Richters. Sie brachte die Errichtung eines internationalen Gerichtshofs in die Debatte. Zumindest sollten schiedsgerichtliche Urteile nach dem nationalen Recht überprüft werden. So könnten Verfahrensfehler und Diskriminierungsverstöße aufgedeckt werden.

Stephan Wernicke, Leiter des Bereichs Recht beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag, wies auf die Gefährdungen für den Rechtsstandort Deutschland hin. Bereits jetzt würden Staaten in Europa in Konkurrenz treten, um ihre Schiedsgerichtsbarkeit nach ihrem staatlichen Recht an ihrem Standort so attraktiv wie möglich zu machen. Das Werben für und das Durchsetzen von „law made in Germany“ stelle die eigentliche momentane Herausforderung dar, so Wernicke. Um deutsches Recht dauerhaft und weltweit in Verträgen zu verankern, müsse auch der geplante Investitionsschutz im TTIP noch verbessert werden. ■

Elena Maier



Alte Architektur – neues Recht: Die Justiz muss ihre Rolle der sich wandelnden Gesellschaft anpassen (hier der Justizpalast in München)

Foto: Gerald Schreiber / CCO

Vom Anfang bis zum Schluss

Beginn und Ende des Lebens im Fokus der Ethik

Geburt und Tod sind elementare Bestandteile des Lebens. Beide Ereignisse sind eng mit ethischen Fragen verbunden. Eine Kooperationstagung mit verschiedenen Frauenverbänden beleuchtete auch rechtliche und medizinische Aspekte.

In Debatten zum Beginn und Ende des Lebens treffen häufig unterschiedliche Wertvorstellungen auf die Realität medizinischer Möglichkeiten. Rechtliche Grundlagen müssen im politischen Prozess immer wieder an veränderte kulturelle Gegebenheiten angepasst werden.

Überregulierung vermeiden

Die Rechtsprofessorin und Anwältin Monika Frommel betonte: „Recht reagiert auf Kultur.“ Die gesellschaftliche Beurteilung von Sterbehilfe oder künstlicher Befruchtung wandelt sich. Deswegen müsste auch immer wieder über die Anpassung des Rechts und neue Gesetze diskutiert werden. Doch nicht jeder neue Einzelaspekt erfordere eine Veränderung des bestehenden Rechts, meinte Frommel. Wichtiger sei es vielmehr, die bestehenden Rechtsgrundlagen konsequent anzuwenden und umzusetzen. Ein zu starkes Eingreifen des Staates in die selbstverantwortliche Entscheidung eines Menschen gerade zu Beginn und Ende des Lebens hält Frommel sogar für gefährlich. Rechtssicherheit für alle Beteiligten sei wichtig, eine Überregulierung auf Kosten von Freiheitsrechten müsse aber unbedingt vermieden werden. Das sei die wichtigste Aufgabe des Gesetzgebers.

Lebensfragen

Ethische Fragen stellen sich nicht erst mit der Geburt eines Menschen. Welche Möglichkeiten die Medizin heute im Zusammenhang mit dem Lebensbeginn bereithält und welche Kon-

flikte dabei auftreten können, darüber sprach Sabine Stengel-Rutkowski, Medizinerin und Mitglied der Bioethik-Kommission der Bayerischen Staatsregierung. Sie stellte den aktuellen Stand der Diskussion vor, um Themen wie künstliche Befruchtung, Präimplantationsdiagnostik (PID), Präna-



Menschlicher Embryo in der 9. Woche (ca. 16 mm groß)

Foto: Ed Uthman / wikimedia commons

taldiagnostik (PND) oder den Trend zum „Social Freezing“. Dabei werden unbefruchtete Eizellen vorsorglich für eine spätere Verwendung eingefroren. Das Fazit der Ärztin lautete: In Deutschland sind weder fehlende gesetzliche Regelungen noch die medizinischen Optionen das Problem, sondern vielmehr die damit verbundenen persönlichen Entscheidungen. Informationsdefizite und gesellschaftlicher Druck führen oftmals zu Unsicherheiten bei den werdenden Eltern. Aufklärung sei daher wich-

tig. Jedes Paar müsse am Ende eigenständig und bewusst wählen, ob und welche der möglichen Behandlungen sie in Anspruch nehmen und welche Konsequenzen sie aus den Ergebnissen ziehen, so Stengel-Rutkowski. Sie forderte, auf eine neutrale Sprache zu achten. Zu schnell würden sonst Formen genetischer Vielfalt als „unnormale“ oder „krank“ abgestempelt werden. Einer offenen Gesellschaft, in der sich Eltern beispielsweise durchaus bewusst für die Geburt eines wahrscheinlich beeinträchtigten Kindes entscheiden können, sei dies nicht förderlich.

Grenzerfahrungen

Rita Klügel vom Verein Donum Vitae in Bayern ist Leiterin der Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen in Augsburg. Sie wies auf wichtige Aspekte eines gesellschaftlichen Wandels hin, der sich auch in der Schwangerenberatung niederschlägt. So sei das Alter der Schwangeren nochmals angestiegen. Auch die Möglichkeiten der Zeugung eines Kindes haben sich erweitert. Der Kenntnisstand der Ratsuchenden sei, insbesondere durch das Internet, im Allgemeinen sehr hoch. Insbesondere durch die Pränataldiagnostik habe sich das Schwangerschaftserleben rasant geändert. Hier



Rita Klügel sprach über die Praxis der Schwangerenberatung Foto: Geiger

würden Frauen oftmals Grenzerfahrungen durchleben, die ihren inneren Umgang mit der Schwangerschaft sehr veränderten.

„Grundrechte spielen auch beim Sterben eine Rolle“, sagte die Verfassungsrechtlerin Rosemarie Will von der Humboldt-Universität zu Berlin. Der Tod eines Menschen habe viele Facetten. Aktuell werde die Debatte, wie ein würdevolles Ableben gestaltet werden kann, vor allem von Sterbehilfe und der Beihilfe zum Suizid dominiert. Der Bundestag berät derzeit über verschiedene interfraktionelle Gesetzesinitiativen. Dabei geht es in erster Linie um eine Frage: Wer darf beim Sterben in welcher Weise assistieren? Grundsätzlich ist in Deutschland sowohl die freiverantwortliche Selbsttötung als auch die Hilfe dazu straffrei. Aktive Sterbehilfe, also das Töten auf Verlangen, steht jedoch unter Verbot – im Gegensatz zur passiven Sterbehilfe, bei der es sich um den Abbruch einer Behandlung mit Inkaufnahme des Todes handelt. Soweit besteht Klarheit, sagte Will. Nun sorgen aber widersprüchliche Angaben im Berufsrecht der Ärzte und die praktische Umsetzung häufig für Unsicherheiten bei



Verfassungsrechtlerin Rosemarie Will: „Grundrechte spielen auch beim Sterben eine Rolle.“

den Beteiligten. Dies soll durch neue rechtliche Regelungen geklärt werden. Momentan ist allerdings noch unklar, in welche Richtung sich der Gesetzgeber hier bewegen wird. Will plädierte dafür genau darüber aufzuklären, wel-

che Regelungen konkret zur Debatte stehen und welche Folgen diese haben werden. Erst dann sei eine fundierte Urteilsbildung möglich.

Auf die Gesetzesvorschläge ging auch die ehemalige Bundestagsabgeordnete und Verwaltungsrichterin Ingrid Matthäus-Maier ein. Sie zeigte für die aktuellen Vorschläge wenig Verständnis und sprach sich dafür aus, es bei der derzeitigen Rechtslage zu belassen. Für sie sprächen verfassungsrechtliche und humanitäre Gründe dafür, den Suizid und die Beihilfe dazu straffrei zu lassen und hier nicht mit dem Strafrecht, „dem schärfsten Schwert des Staates“, zu agieren. Man müsse bei den Diskussionen darauf achten, dass nicht diejenigen auf der Strecke bleiben, die keine Familie, kein Netzwerk und kein Geld haben.

Sterben in Würde

Abschließend sprachen die Landtagsabgeordneten Ute Eiling-Hütig (CSU), Ulrike Gote (Bündnis 90/Die Grünen), Gabi Schmidt (FW) und Kathrin Sonnenholzner (SPD) vor allem über den Aspekt des Sterbens. Die Vizepräsidentin des Bayerischen



Ingrid Matthäus-Maier ist für die Beibehaltung der derzeitigen Rechtslage

Foto: Vera de Kok / wikimedia commons

Landtags, Ulrike Gote, betonte eingangs, wie schwer es für Politikerinnen und Politiker sei, weitreichende Entscheidungen zu Themen zu treffen, bei denen eine Vielzahl unterschiedlicher Ansichten in einer



Vom Beginn des Lebens bis zum Ende sind ethische Fragen berührt

Foto: pixabay / CCO

Gesellschaft existieren und die sich direkt auf die Lebensweise jedes Einzelnen auswirken.

Dennoch müsse sich die Politik dieser Herausforderung stellen und Rechtssicherheit für alle Lebensbereiche schaffen. Diese Ansicht vertrat auch die Sozialdemokratin Kathrin Sonnenholzner. Das richtige Maß an Regelungen zu finden sei dabei entscheidend. Wie auch immer diese Bestimmungen am Ende genau aussehen: Letztlich gehe es darum, die nötigen Bedingungen dafür zu schaffen, dass jedem Menschen ein würdevolles Ableben ermöglicht wird, forderte Gabi Schmidt von den Freien Wählern. Ute Eiling-Hütig argumentierte ebenfalls, dass die Sorge um die Lebensqualität des sterbenden Menschen das zentrale Anliegen bei der aktuellen Debatte um das Lebensende bleiben müsse.

Das Fazit der Tagung: Die Entscheidung darüber, wie der persönliche Umgang mit dem Tod und dem Entstehen von neuem Leben aussehen soll, muss prinzipiell jeder für sich selbst treffen. In einer breiten und öffentlichen Debatte können und sollen diese pluralistischen Wertvorstellungen dann verhandelt werden, um angemessene gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen. 📌

Liza Soutschek

Umwelt und Natur als Themen politischer Bildung

Ethische Fragen und politische Bildung in den Naturwissenschaften sind mittlerweile ein fest verankerter Programmpunkt in der Akademiearbeit. Gleich drei unterschiedliche Tagungen widmeten sich heuer diesem viel zu wenig beachteten Thema: eine Lehrerfortbildung in der Tutzingener Akademie, eine Exkursion im Nationalpark Berchtesgaden und eine Tagung für Studenten.

Dass politische Bildung ein Unterrichtsprinzip sei, ist nur dann keine hohle Rechtfertigung einer Benachteiligung der Sozialkunde in der schulischen Stundentafel, wenn auch mit Bezug auf die nicht-gesellschaftswissenschaftlichen Fächer gezeigt wird, wie in ihnen ethische und politische Inhalte präsent sind. In der Ausbildung spielt das bislang jedoch keine Rolle. Insbesondere die vermeintliche „Objektivität“ der Naturwissenschaften steht dieser Reflexion entgegen.

Konflikte um Natur

Wie deutungsabhängig jedoch schon die Einschätzung dessen ist, was „Natur“ überhaupt ist, zeigte der Soziologe Bernhard Gill. Er zeigte anhand von empirischen Studien die Korrelation von politischer Einstellung und der Sicht auf Natur. So sehen sich selbst im zeitgenössischen Sinne „liberal“ einschätzende Stadtbewohner Natur in erster Linie als Ressource, sei es zur ökonomischen Verwertung oder der Erholung. Klassisch konservativ eingestellte Milieus verbinden Natur mit Vorstellungen von „Heimat“, was freilich der ökonomischen Verwertung nicht grundsätzlich entgegensteht. Dagegen hegen „grüne Hedonisten“ die Vorstellung einer freien und unbeeinflussten Natur. Weil Weltbilder weitgehend bestimmen, was Natur überhaupt für uns ist, deshalb, so Gill, geht es in Konflikten um (Bio-)Technik und Umwelt nicht um Wissenskonflikte, die von Experten geschlichtet werden könnten, sondern um den Streit unterschiedlicher Weltbilder. Der könnte weder zentral noch

stellvertretend erledigt werden. Vielmehr sei es die erste Aufgabe, diese Konfliktursachen überhaupt explizit zu machen.

Qualität statt Quantität

Die Auswirkung des Konflikts unterschiedlicher Weltbilder machte ein Besuch auf dem Arche-Hof Schlicken-

grenze des Viehbestandes festgelegt. Statt quantitativ zu wachsen – wie es noch heute an Landwirtschaftsschulen als einzige Perspektive der Bauern vermittelt wird – legt man alles Gewicht auf eine Steigerung der Qualität der gesamten Produktion. Nicht immer heißt das mehr zu arbeiten. So konnte Schlickenrieder demonstrieren, dass es Wiesen und Vieh gut bekommt, wenn sie „in Ruhe gelassen“ werden: Weder muss Sauerampfer mit Gift bekämpft werden noch müsse man den Kühen vorschreiben, wo sie zu weiden haben. Das Wissen der Tiere und die zurückhaltende Pflege der Wiesen führten vielmehr zu einem selbstregulierten Kreislauf, der auch ökonomisch vorteilhaft ist. Freilich setze das Fördersystem der Agrar-



Erlebnispädagogik pur: Rettungseinsatz vor der Blaueishütte im Nationalpark Berchtesgaden
Foto: Spieker

rieder in Otterfing bei Holzkirchen deutlich. Den Titel „Arche-Hof“ tragen bundesweit etwa 50 Höfe, die sich besonders bei der Erhaltung alter Nutztierassen engagieren. Der Hof von Georg Schlickenrieder wird ökologisch bewirtschaftet und er züchtet Schweine und Rinder. Sämtliches Futter wird vom eigenen Grund geerntet und damit ist auch die Höchst-

politik Anreize, die das quantitative Wachstum attraktiver erscheinen lassen.

Unterricht draußen

Eine gemeinsam mit der TU München und der Akademie für Lehrerfortbildung durchgeführte Exkursion im Nationalpark Berchtesgaden ging

auf die vorteilhaften Wirkungen des „Draußenunterrichts“ ein. An etwa zwei Drittel aller Schulen in Skandinavien erhalten die Kinder bis zu einem ganzen Tag Unterricht pro Woche im Freien. Das soziale Verhältnis von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern verbessert sich deutlich durch den Draußenunterricht und die dadurch aufgelockerte Unterrichtssituation. Innerhalb der Klassen kommen nun auch diejenigen Schüler auf ihre Kosten und haben Spaß am Lernen, die mit dem vielen Sitzen im Unterricht nicht zurechtkommen – in der Regel die „störenden Jungs“. Denn durch die gesteigerte Bewegung beim Lernen im Wald, welche wiederum gesundheitsfördernde Wirkung erzielt (Herz-Kreislauf-Erkrankungen), wird der Kopf frei fürs Lernen (vorausgesetzt, das didaktische Modell der Lehrkraft kann den Spagat zwischen Lernen und Spielen gut halten). Davon berichtete Ulrich Dettweiler, der die Gruppe auch in die Höhen der Berchtesgadener Alpen führte. Die Exkursionstagung machte damit für die Teilnehmer selbst erfahrbar, was Dettweiler anhand seiner Forschungsarbeiten darlegte.



Zeichnung: Liebermann

Kinder, die im Wald unterrichtet werden, entwickeln zudem ein besseres Sprachvermögen als Kinder, die dieses Privileg nicht genießen. Das liegt daran, dass die Aufgabenstellungen im Wald nie so klar umrissen und definiert werden können wie ein Tafelanschrieb. Es muss mehr erklärt, nachgefragt und hinterfragt, diskutiert und improvisiert werden. Das alles führt zu weniger Stress beim Draußenunterricht. Und zwar für Lehrkräfte und Schülerinnen

und Schüler gleichermaßen, und damit wieder zu mehr Freude an und in der Schule, besseren Sozialbeziehungen und besserer allgemeiner Gesundheit.

Die Schule in der Nach-PISA-Schock-Welt setzt freilich – entgegen dieser eindeutig belegten Zusammenhänge – zunehmend auf PISA-Test-konforme Lehr- und Lernmethoden. Da wird dann – anhand von Tests – auf den nächsten Test gelernt, statt die Eigenmotivation und die Identifizierung mit den Unterrichtsthemen zu fördern. Die unterschiedlichen Auswirkungen wurden in den Zitaten von Probanden der Forschungsarbeiten deutlich. So lautet ein Zitat der draußenbeschulnten Interventionsgruppe: „Letztes Wochenende bin ich mit meinen Eltern zum Mühlthal gefahren, da habe ich ihnen alles gezeigt, z. B. die Stelle, wo wir den Feuersalamander gefunden haben.“ Während in der Kontrollgruppe auf die Frage nach den Lerninhalten der vergangenen Woche geantwortet wurde: „Asterne, Nelken, Hunde, Kontinente, Ozeane, Atlasarbeit, Skelett, Gebiss“.

Michael Spieker

Hervorragende Leistung beim Landkreislauflauf

Es war ein Erfolgslauf. Das Team der Akademie hat beim Landkreislauflauf im Oktober 2015 in Hechendorf einen hervorragenden 50. Platz in der Männerwertung erreicht. Insgesamt waren 163 Laufgruppen angetreten. In 3 Stunden, 20 Minuten und 41 Sekunden haben die zehn Läuferinnen und Läufer die Marathondistanz überwunden, was beweist: Hier gibt es nicht nur kluge Köpfe, sondern auch fitte Sportler. Auf unserem Foto: das erfolgreiche Akademie-Team.

Miriam Zerbel



Alles öko, oder was?

Ökologie als Gegenstand und Auftrag politischer Bildung

In der Europäischen Union ist die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA – European Food Safety Authority) zuständig für die Risikobewertung von Lebens- und Futtermitteln. Nach einer Reihe von Lebensmittelkrisen in den 1990er-Jahren (BSE; Wachstumshormone im Fleisch; Glycerol im Wein; Etikettenschwindel bei Obst, Gemüse und Fleisch; Pestizidrückstände; Dioxin-Skandal; Gen-Mais) wurde die EFSA 2002 als Agentur der Europäischen Union mit Sitz im italienischen Parma ins Leben gerufen. Sie soll als „unabhängige wissenschaftliche Beratungs- und Kommunikationsstelle über Risiken im Zusammenhang mit der Lebensmittelkette“ dienen.

Allerdings stehen sowohl die Richtlinien für eine Risikoeinschätzung durch die EFSA als auch die Behörde selbst immer wieder in der Kritik. Die Europäische Kommission forderte 2006 von der EFSA mehr Transparenz bei der Durchführung der wissenschaftlichen Risikobewertung von Gentechnik-Pflanzen. Der EU-Ministerrat bemängelte 2008 die unzureichende Berücksichtigung von Langzeiteffekten sowie die fehlende Beurteilung sozioökonomischer Kriterien. Umwelt- und Verbraucherschützer werfen der EFSA mangelnde Unabhängigkeit vor: Verbindungen führender Mitglieder etwa zur Gentechnik-Industrie sollen demnach Entscheidungen der Behörde beein-

flussen und mitunter zur Zulassung nicht einwandfrei geprüfter Produkte führen.

Nahrungsqualität und Landbaumethoden hatte die Akademie bereits im November 1985 zum Thema gemacht. In der gleichnamigen, ausgebuchten Expertentagung trafen in Tutzing Agrar-, Umwelt- und Gesundheitspolitiker mit Fachwissenschaftlern, Fachjournalisten, Verbraucherberatern sowie Vertretern von Bauernverband und Organisationen des Alternativen Landbaus zusammen.

Schon damals hatte Wolfgang Lingk vom Bundesgesundheitsamt in Berlin im seinem Referat über „Rück-

stände in Lebensmitteln – Trends der letzten Jahre und Jahrzehnte“ unter anderem auf die Notwendigkeit regelmäßiger Kontrolluntersuchungen mit Probenahmen nach den Kriterien repräsentativer Auswahl hingewiesen. Eine Forderung, die – trotz vielfältiger ermutigender Initiativen in dieser Richtung – heute notwendiger denn je erscheint.

Ökologische Fragen zählen seit jeher im Programm der Akademie zu den Schwerpunktthemen. Die politische Bildungsarbeit sieht sich – in den Worten des früheren Akademiedirektors Manfred Hättich – dabei immer wieder vor ein grundsätzliches Problem gestellt: Zu den Informationen, auf die das politische Urteil angewiesen ist, gehören naturwissenschaftliche Daten, die in den beteiligten Fachwissenschaften oft umstritten sind. Diese Kontroversen müssen in einer primär am Ziel der politischen Urteilsbildung orientierten Akademieveranstaltung einbezogen werden. Und die Akademie als neutraler Boden ist dafür auch besonders gut geeignet.

Zu den gelebten Formen ökologischen Bewusstseins gehört indes auch ein zeitgemäßes betriebliches Umweltmanagement. Für ihr ökologisches Engagement ist die Akademie im Frühjahr 2015 wieder mit dem Prädikat „Öko-Profit-Betrieb“ ausgezeichnet worden. Im laufenden Jahr wurden bereits mehrere Heizungspumpen ausgetauscht, die Flurbeleuchtung mit energiesparenden LED-Leuchten ausgestattet und erst im August ist eine neue Photovoltaik-Anlage zur Grundversorgung der Akademie mit Strom in Betrieb genommen worden. Durch diese Maßnahmen erhofft sich die Akademie Stromeinsparungen in Höhe von knapp 50.000 Kilowattstunden sowie eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um rund 30 Tonnen. 🏠



Auf den Dächern der Akademie hat im August 2015 das Solarzeitalter begonnen
Foto: MS

Steffen H. Elsner

Neuaufgabe unserer Politiksimulation EuropaPolitik erleben!

Datenschutzgrundverordnung jetzt im Mittelpunkt der Verhandlungen

Mit einer Neuaufgabe der Veranstaltungsreihe „EuropaPolitik erleben!“ knüpft die Akademie an die Erfolge der letzten Jahre an. Die Politiksimulation bietet jungen Menschen die Möglichkeit, europäische Politikgestaltung hautnah zu erleben und so nachzuvollziehen – jetzt anhand des Themas Datenschutz.

Im Oktober 2015 erklärte der Europäische Gerichtshof das sogenannte „Safe Harbor“-Abkommen mit den USA – zumindest so wie es derzeit praktiziert wird – für nicht rechtmäßig. Als eine Konsequenz des Urteils können in Zukunft Firmen und andere Einrichtungen dazu gezwungen werden, die Daten europäischer Bürger entweder direkt in einem Mitgliedsland der Europäischen Union zu speichern oder die Schutzstandards der EU auch in außereuropäischen Ländern anzuwenden. In der Urteilsbegründung bezogen sich die Richter in Luxemburg auch auf den Artikel 8 der Europäischen Grundrechtecharta zum Schutz personenbezogener Daten: Jeder europäische Staatsbürger hat das Recht über die Verwendung seiner Daten selbst zu bestimmen.

Der Artikel und das Urteil sind auch für die derzeit in Brüssel und Straßburg stattfindenden Verhandlungen über die sogenannte „Datenschutz-Grundverordnung“ von großer Bedeutung. Eines der wichtigsten Projekte der laufenden Legislaturperiode der Europäischen Union soll den Umgang mit personenbezogenen Daten grundlegend neu gestalten. Bisher können die 28 Mitgliedstaaten der EU eine Richtlinie aus dem Jahr 1995 selbst mit Inhalt füllen. So existieren faktisch 28 unterschiedliche Datenschutzstandards, die zudem teils veraltet sind.

Recht auf Löschung

Eine knifflige Aufgabe, der sich junge Menschen seit Februar 2015 in der Akademie oder in ihren Schulen stel-

len können. In simulierten Verhandlungen nehmen Teilnehmer die Rollen von Politikerinnen und Politikern ein und werden Mitglieder des Parlaments, des Ministerrats, der Kommission oder der Medien. Nach intensiven Vorbereitungen kommen die Gremien in ihren Räumen zusammen, die für die Dauer der Simulation Straßburg und Brüssel sind, und debattieren über viele Details des europäischen Datenschutzes. Neben den Strafen und Zuständigkeiten bei Verstößen gegen die neuen Regelungen stehen sensible Punkte wie das Recht auf Löschung und Vergessenwerden sowie der Jugendschutz im Mittelpunkt der Diskussionen. Es wird gestritten, teils werden heftige Wortgefechte ausgetragen, Gemeinsamkeiten gesucht und häufig auch gefunden. Vertreter der Europäischen Kommission bringen ihre Expertenmeinung mit ein und die Medien verfolgen und bereiten das Treiben auf einer eigens geschaffenen Homepage auf – und das alles machen ausschließlich Schülerinnen und Schüler oder Studentinnen und Studenten.

Mit dieser aktuelleren Neuaufgabe unserer Politiksimulationsreihe „EuropaPolitik erleben!“ möchten wir jungen Menschen nicht nur die Prozesse und Institutionen der Europäischen Union näherbringen; sie lernen damit auch, wie Politikgestaltung im Allgemeinen vonstattengeht: Sei es in Bundes-, Land- oder Kreistagen, überall ist das Ringen um einen Konsens mit dem politischen Streit in ähnlicher Weise verknüpft. Doch möchten wir mit dieser Simulation zusätzlich das wichtige Thema des Schutzes personenbezogener Daten angehen. Zwar zeichnet sich in der realen Welt der Europäischen Union ein Kompromiss in den Verhandlungen über die Datenschutz-Grundverordnung ab. Doch das Wichtigste bleibt, dass jeder



Im Ministerrat wird hart um die Kompromisse gerungen

Foto: APB-Archiv

Nutzer sich des Umgangs mit seinen Daten und den vielseitigen Verwendungs- und Missbrauchsmöglichkeiten der Daten von Seiten Dritter selbst bewusst ist.

In den bisherigen „simulierten“ Verhandlungen haben die Nachwuchspolitikerinnen und -politiker nach harten Verhandlungen meistens eine Einigung gefunden. Spannend wird, wie dies bei anderen Teilnehmern in Zukunft sein wird, oder wie sich die realen Politiker verhalten werden. 📄

Robert Lohmann

- Die Veranstaltung „Schülerforum: EuropaPolitik erleben!“ richtet sich an junge Menschen ab dem Alter der Sekundarstufe II.
- Die maximal 65 Teilnehmer können je nach Möglichkeit entweder in die Akademie nach Tutzing kommen oder Mitarbeiter der Akademie kommen in die Schulen oder Universitäten.
- Die Kosten dieser Veranstaltung können Sie unserer Homepage entnehmen, auf der Sie auch ein kurzes Video finden, in dem sich Mitarbeiter und Teilnehmer zur Simulation äußern.

@ Für weitere Informationen können Sie sich auch direkt an unseren Simulationsexperten Robert Lohmann wenden:
E-Mail: r.lohmann@apb-tutzing.de

Demokratie als Lebensform

Ausstellung über Theodor Heuss und seine Frau

Im Rahmen der Tutzinger Kulturnacht wurde die Ausstellung über Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp eröffnet. Die Besucher nutzten die Gelegenheit zum „Begreifen“: Mithilfe von Fotos, Tonaufnahmen, Filmdokumenten und Originalobjekten war ein Mann zu entdecken, der sich – eng verbunden mit seiner Frau Elly Heuss-Knapp – durch mehrere Epochen deutscher Zeitgeschichte für die Gestaltung Deutschlands engagierte.

Es ist eine eher ungewöhnliche Ausstellung: In aufgeklappten, bunten Holzkisten von der Größe eines Überseekoffers verbergen sich in 230 Objekten kleine Geschichten, die Theodor Heuss und seine Frau Elly Heuss-Knapp spie-

lerisch näher bringen. Aber auch Kritisches wie etwa Heuss' Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933 wird nicht ausgespart, denn Heuss soll nicht glorifiziert, sondern in den historischen Kontext eingeordnet werden wie Kuratorin Gudrun Kruip von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus erklärte.



Die interaktive und multimediale Schau lädt gerade auch junge Leute zum Mitmachen ein

Foto: MZ

Plätze und Schulen benannt sind. In eigenen Einheiten wird auch der für diese Zeit nicht typische Lebensweg seiner Ehefrau Elly Heuss-Knapp präsentiert, die mehr ist als die „Frau an seiner Seite“. Denn es machte ihr durchaus Spaß „in der Welt ein Röllele zu spielen“.

Die Gäste konnten interaktiv Entscheidungen von Heuss und seiner Frau nachvollziehen und auch in deren Alltagsleben eintauchen. So lud die Vernissage dazu ein, über eigene Schwerpunkte in Politik und Gesellschaft nachzudenken und sie mit anderen Besuchern zu diskutieren.

Die Ausstellung wird noch bis 13. Dezember in der Akademie zu sehen sein, werktags von 9 bis 17 Uhr, am Wochenende auf Anfrage.

Die Erläuterungen der Kuratorin ließen den Mann deutlich vor Augen entstehen, der 1949 zum ersten Bundespräsidenten gewählt wurde und nach dem Straßen,

Die Ausstellung eignet sich besonders für Schulklassen aller Schularten ab der 8. Jahrgangsstufe. Die Akademie bietet 90-minütige Führungen an. Anmeldung und Informationen bei Antonia Kreitner, Telefon 08158/256-58, E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de



Miriam Zerbel

Schlaue Spiele über fremde Kulturen

Jugendliche entwickeln neue Ideen fürs Gamedesign

In einem Gamedesign-Workshop haben Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren über das Thema „Fremde Kulturen“ nachgedacht und überlegt, wie man es in eine interessante Spiele-Idee verpacken kann.

Bei der Leitung des Workshops wurde Brettspielautor Marco Teubner unterstützt von Clemens Hochreiter von der Münchner Spieleschmiede Reality Twist, die sich auf sogenannte „Serious Games“ spezialisiert hat. Herausgekommen sind durch das Zusammenwirken der in unterschiedlichen Spielekulturen beheimateten Workshopleiter schließlich auch drei sehr unterschiedliche Prototypen: Zwei analoge, kartenbasierte Spiele, in denen man seine Kultur entweder strategisch weiterentwickelt oder

konzentrierte Teamarbeit und professionelles Coaching kamen die Teilnehmer in den drei Gruppen schnell voran. So konnten auch alle Spiele am vorletzten Tag durch die Teilnehmer getestet und Verbesserungsvorschläge eingebracht werden.

Digital und analog

Dabei stellte der Test des digitalen Spiels, das in der Kürze der Zeit nur als Papier-Prototyp entwickelt wurde, eine besondere Herausforderung dar.

ten Räumen ausgelegt. Die Teilnehmer konnten so durch das Begehen der Kulissen die dargestellte Spielszene analog durchspielen und nachempfinden – eine sicherlich ungewöhnliche Erfahrung.

Nach den theoretischen Grundlagen am ersten Tag traten die Teamleiter immer weiter als Moderatoren und Coaches in den Hintergrund und die Jugendlichen erarbeiteten in intensiver Gruppenarbeit ihre eigenen Ideen. Dabei lernten sie in den unterschiedlichen Phasen des Projekts beim Aushandeln ihrer Ideen auch den Umgang mit Konflikten und den Einbezug anderer Meinungen und Vorstellungen. Bei der inhaltlichen Erarbeitung trat ganz klar hervor, dass die unterschiedlichen Denkanstöße der professionellen Autoren aus dem Brett- und Computerspielbereich, die zwischen den Teams wechselten, für alle Teilnehmer hilfreich waren.

Das Feedback am letzten Tag fiel durchgehend positiv aus und sowohl Teilnehmer als auch die Teamleiter freuen sich auf eine Mitwirkung an zukünftigen Veranstaltungen. 📌

Andrea Heinecke



Gemeinsames Nachdenken über kreative Spiele-Ideen im Workshop

bunt zusammenstellt, und eine digitale Spielform für Virtual-Reality-3D-Brillen, in der Spieler in unbekannte Identitäten schlüpfen können.

Bereits am zweiten Tag des Workshops waren die Grundideen zu den Spielen entstanden. Durch intensive,

Hierfür wurde eine Spielszene analog nachgebaut. Die Räume der Szene wurden mit Kreppband auf dem Boden als Kulisse nachgebildet. Die Aufgabentexte, die im digitalen Spiel eingeblendet oder gesprochen werden, wurden auf Karten geschrieben und an den jeweiligen Stellen in den markier-



Linktipp:
<http://schlaue-spiele.org>

Asyl, Wahlkampf und Friedensverhandlungen

Kreative Szenarien aus der Planspielwerkstatt

Ein drohender Bürgerkrieg in Starnia, Asylbewerber in Gutheim und Bundestagswahl in Seedorf – das sind die drei Szenarien, die in der diesjährigen Planspielwerkstatt* entwickelt wurden. Gemeinsam mit den erfahrenen Planspielpraktikern Thomas Eberle, Bettina Schmitt und Stefan Rappenglück wurden neue Konzepte für Politiksimulationen entworfen und anschließend einem ersten Testlauf unterzogen.

In Gutheim muss eine Unterkunft für 500 Asylbewerber eingerichtet werden. Im Rathaus geht es nicht um die Frage ob, sondern wo und wie. Die Parteien im Stadtrat – von den Konservativen bis zu den Linksalternativen – sind sich nicht einig. Die Pläne reichen von der Unterbringung in einer ehemaligen Kaserne bis zur gleichmäßigen Verteilung auf alle Stadtteile. Bürgerinitiativen und Vereine werden angehört und der Bürgermeister macht einen Vorschlag, der aber keine Mehrheit findet. Nun beginnt das Aushandeln von Kompromissen und das Ringen um eine mehrheitsfähige Lösung. Am Ende ist die Kasernenlösung vom Tisch, ein Sozialarbeiter wird eingestellt, die Reno-

vierung des Schwimmbads verschoben und das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts wird um weitere Jahre hinausgeschoben. Präzise ausgearbeitete Rollenprofile und ein kreatives Szenario sorgten für spielerisch erworbene Erkenntnisse rund um Asyl- und Kommunalpolitik.

Bürgerkrieg in Starnia

Einen ganz anderen Zugang wählte die Gruppe, die innerstaatliche Konflikte und deren Befriedung und Lösung zum Thema hatte: Im Jahre 125 nach Horst (n. H.) herrscht in Starnia Bürgerkrieg. Die Minderheit der Keraten lehnt sich gegen die zentrale Militärdiktatur auf. Internatio-

nale Beobachter berichten von Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten. Wassermangel und eine Hungersnot verschärfen die Situation. Es kommt zum Waffenstillstand und in der Hauptstadt des Nachbarlandes beginnen unter Leitung des Vorsitzenden der Liga der Völker Westbavariens Friedensverhandlungen. Nach dem Einmarsch internationaler Friedenstruppen und der Befriedung der Situation kommt es zur Einigung über die zukünftige demokratische Ordnung (Föderalismus mit viel Autonomie) mit der Respektierung sprachlicher,

LINK ZUR PLANSPIELDATENBANK DER BUNDESZENTRALE:

<http://www.bpb.de/lernen/unterrichten/planspiele/65585/planspiel-datenbank>

religiöser und kultureller Minderheitenrechte. Nur die Fragen der Wirtschaftsordnung müssen noch weiter beraten werden: Darüber gibt es noch keinen Konsens.

In Seedorf tobt der Bundestagswahlkampf. Bei einer Bürgerversammlung präsentieren die Kandidaten ihre Programme zu Asylfragen, Staatsverschuldung, Verkehrspolitik und Energiewende. Nach der Wahl will eine Koalition der kleineren Parteien die Regierung gegen die stärkste Fraktion bilden. Dazu braucht es aber Verhandlungen über ein gemeinsames Regierungsprogramm. Keine Gruppierung kann ihr Programm in Reinform umsetzen und Regierungspolitik ist in einer Koalition oft weit entfernt von dem, was im Wahlkampf den Wählerinnen und Wählern versprochen worden ist. ■

Michael Schröder



Bürgerkrieg in Starnia: das Szenario im Rohzustand

Foto: Katrin Mahlkow (bpb)

*In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Verfilmte Zeitgeschichte(n)

Filmmacher über Authentizität und Verantwortung bei historischen Stoffen

Verfilmungen geschichtlicher Themen und Figuren haben im Kino und Fernsehen Konjunktur. Egal ob Cäsar, Wallenstein oder Hitler: Geschichte läuft gut und macht Quote. Aber wie weit dürfen Autoren und Regisseure gehen, um erfolgreich und unterhaltsam zu sein? Wie nah dran müssen sie am historischen Vorbild bleiben? Wie dehnbar sind historische Stoffe? Und wo beginnen Geschichtsklitterung und Verfälschung? Um diese Fragen drehte sich das zweite „Filmgespräch am See“ im Rahmen des Starnberger Fünf-Seen-Filmfestivals. Teilnehmer waren die Dokumentarfilmerin Gabriele Rose, der Drehbuchautor Fred Breinersdorfer und der Regisseur und Produzent Michael Verhoeven. Moderiert wurde das von ARD-alpha gesendete Gespräch vom Filmjournalisten und -kritiker Moritz Holfelder.

Es ist vor allem das persönliche Interesse an Geschichte und historischen Figuren, das die drei Filmmacher antreibt. Verhoeven erzählte, dass er sich vieles über die Münchner Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ um Hans und Sophie Scholl angelesen habe: „Das war alles falsch.“ Er wollte die Gruppe als politische Menschen zei-

gen Familie Scholl zählen: „Die wollten den Film nicht und haben auch nicht mitgearbeitet.“

Fred Breinersdorfer hatte es da fast 25 Jahre später schon einfacher. Als er das Drehbuch für „Sophie Scholl – die letzten Tage“ schrieb, waren die Tagebücher und Briefe der Geschwis-



Filmgespräch am See: Moderator Moritz Holfelder, Michael Verhoeven, Gabriele Rose und Fred Breinersdorfer (von links)

Foto: Zerbel

gen, nicht als Märtyrer und Heilige. Anfang der 1980er-Jahre war es dafür wohl noch zu früh. Fünfmal wurde sein Projekt abgelehnt. Bei seinen Recherchen konnte er nicht auf die

ter Scholl bereits erschienen und die Schwester von Willi Graf hatte ihren Segen zum Projekt gegeben. Breinersdorfer sagt heute: „Ich habe Blut und Wasser geschwitzt, als sie den ferti-

gen Film vor der Premiere zum ersten Mal sah. Ich weiß nicht, was passiert wäre, wenn sie ihn nicht gut gefunden hätte.“ Für ihn ist die Beschäftigung mit historischen Stoffen auch eine Auseinandersetzung mit der eigenen Familie: „Meine Eltern waren bis zum letzten Atemzug überzeugte Nazis.“

Freiraum für Emotion

Für die Dokumentarfilmerin Gabriele Rose ist die Verfilmung von toten Personen und längst vergangenen Zeiten viel schwieriger: „Von mittelalterlichen Figuren wissen wir halt relativ wenig. Es gibt kaum Quellen. Also bastel ich mir aus vielen Puzzleteilen mein ganz persönliches Bild.“ Dazu gehört auch, die Persönlichkeit auszuschmücken und fiktive Dialoge zu entwickeln. „Es muss einen Freiraum für Emotionen geben“, sagte Rose. Dass die Herangehensweise immer subjektiv gefärbt ist, darüber waren sich alle drei Gesprächsteilnehmer einig. „Man muss Partei ergreifen“, sagte Verhoeven. „Ich war nie objektiv. Ich wollte immer die Wahrnehmung beeinflussen.“ Das beginne bei der Fragestellung, den Recherchen und ende beim Schnitt, dem Weglassen von gedrehtem Material. Ein höchst subjektives Verfahren.

Breinersdorfer hält viel von Authentizität und Verantwortung: „Wenn ich eine Person erfinde, muss ich mich an den historischen Rahmen halten. Wenn ich über reale Personen schreibe, bin ich zur Authentizität verpflichtet.“ Und während Verhoeven im Dokumentarfilm „keine Schauspieler“ sehen will, verteidigt Breinersdorfer das „Reenactment“, also die Neuinszenierung konkreter geschichtlicher Ereignisse in möglichst authentischer Weise: „Es ist so verpönt, weil oft die Mittel für Qualität fehlen.“ Gleichzeitig bricht er eine Lanze für Dokumentationen: „Ohne qualitätvolle Dokumentarfilme wäre unser Fernsehprogramm ärmer.“

Michael Schröder

Einblicke in die Arbeit von Interpol

Generalsekretär Stock über die Rolle beim Kampf gegen Organisierte Kriminalität

Interpol-Generalsekretär Jürgen Stock war prominenter Gast unserer Tagung über Organisierte Kriminalität. Er ist in der knapp 100-jährigen Geschichte von Interpol der erste Deutsche an ihrer Spitze. Stock sprach über Phänomenologie und Bekämpfungskonzepte der Organisierten Kriminalität.

Interpol beschäftigt sich mit der weltweiten Aufspürung und Bekämpfung des Organisierten Verbrechens. Generalsekretär Stock gab Einblicke in die internationale Strafverfolgung, erklärte Aufgaben und Tätigkeitsfelder seiner Organisation und skizzierte künftige Herausforderungen im globalen Kontext. Dabei räumte der Interpol-Chef durchaus mit Klischees über die Arbeit der Polizeiorganisation auf: „Den Geheimagenten, der nachts aus dem Dunkeln springt und verzwickte Fälle löst, gibt es nicht.“ Interpol nehme keine exekutiven Aufgaben wahr, erläuterte Stock. Die Arbeit der Organisation bestehe vielmehr darin, die Polizeibehörden der 190 Mitgliedstaaten zu harmonisieren und zu vernetzen. Dazu gehöre es auch, gemeinsame Operationen zu initiieren und zu koordinieren. Auch unterstütze Interpol die Mitgliedstaaten im Auf- und Ausbau von polizeilichen Fähigkeiten und Ressourcen.

Rund um die Uhr

Die wesentliche Funktion bestehe darin, ein globales Informationssystem zum Austausch von Daten zu schaffen und zu unterhalten. Zu diesem Zweck hat die Behörde ein Kommunikationssystem entwickelt, das autorisierten Personen erlaubt, dringliche und sensible polizeiliche Informationen überall auf dem Globus, 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche abzurufen und zu teilen: In Sekundenschnelle lässt sich damit auf gesammelte Daten wie DNA-Profile, Fingerabdrücke oder auch auf Informationen über gestohlene Reisedokumente, Kunstgegenstände sowie Fahrzeuge

zugreifen. Hinzu kommen regionale Befehls- und Informationszentren, wie z. B. in Singapur oder Argentinien, die Polizeibehörden die Möglichkeit geben, zu jeder Tageszeit kompetente Mitarbeiter direkt zu erreichen.

Und auch weiterhin bleiben die sogenannten „Notices“ aufrechterhalten, d. h. internationale Fahndungsaufrufe und andere Informationen, die nach Farben klassifiziert werden. Die höchste Dringlichkeit haben die „Red Notices“, also Dossiers über mit Haftbefehl gesuchte Straftäter, die an die Polizeiorganisationen der Mitgliedsländer als Ersuche um Festnahme weitergeleitet werden.

Datenvernetzung

Das wichtigste Gerüst der Arbeit ist und bleibt die Bearbeitung, Zusammenführung und Vernetzung von Daten. Im Vordergrund steht ein ganzheitlicher Ansatz: Der Austausch von Informationen mit staatlichen, aber auch nichtstaatlichen Behörden und NGOs werde für die Erstellung von Lagebildern, auf deren Grundlage Operationen angeregt und ausgeführt werden, immer relevanter.

Die Bandbreite der Verbrechen, mit denen sich Interpol beschäftigt, ist groß. Im Vordergrund steht die Organisierte Kriminalität. Über 80 Prozent der rund 600 Fälle pro Jahr haben transnationale Bezüge. Organisierte Kriminalität stelle nach Stock für seine Behörde eine vergleichbare Herausforderung dar wie die Seuche Ebola für die Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Neben der Bekämpfung von Drogenkartellen und der Weitergabe von Kriegswaffen gehört Wilderei in Afrika ebenso wie Piraterie vor den Küsten Afrikas oder die wachsende Bedrohung durch Terroristen zum Aufgabenfeld von Interpol. Immer ersichtlicher würden dabei die Berührungspunkte und Schnittstellen von Organisierter Kriminalität und Terrorismus. Anhand von Beispielen, bei denen große Mengen an Waffen und Drogen sichergestellt wurden, erläuterte



Jürgen Stock: „Die Cyber-Kriminalität nimmt zu.“

terte Stock, welche Erfolge die internationale Zusammenarbeit der Polizei bei transnationalen Verbrechen und Organisierter Kriminalität erzielen konnte. Die Kooperation und der Datenaustausch mit Behörden aus dem lateinamerikanischen Raum sei dabei wesentlicher Faktor für den Erfolg gewesen.

Organisierte Kriminalität 4.0

Trotz der Vielfältigkeit des international organisierten Verbrechens und seiner Ausmaße sei aber Interpol mit einem jährlichen Budget von lediglich etwa 60 Millionen Euro im Gegensatz

zum europäischen Pendant Europol eine chronisch unterfinanzierte Organisation.

Als dringende Herausforderungen der Kriminalitätsbekämpfung im globalen Maßstab identifizierte Stock zum einen die Verknüpfungen von

Organisierter Kriminalität und Terrorismus, die die Brisanz beider Phänomene nochmals steigern; zum anderen die Erweiterung bzw. Verlagerung der Organisierten Kriminalität in den „virtuellen“ Raum. Die Cyber-Kriminalität werde künftig an Bedeutung gewinnen: „Aufgrund der allumfas-

senden Digitalisierung wird es hier gigantische Gelegenheitsstrukturen für Kriminelle geben.“ Man könne hier durchaus von einer Organisierten Kriminalität 4.0 sprechen. ■

Andreas Kalina
Manuel Muth

Herausforderungen durch Organisiertes Verbrechen

Ob Waffen- und Drogenhandel, Piraterie, Schleuserbanden oder Rocker: Die Organisierte Kriminalität (OK) tritt gegenwärtig in vielen Formen in Erscheinung und wird heute nicht mehr nur mit dem klischeehaften Begriff der Mafia assoziiert. Die illegalen Wirtschaftszweige sind oft transnational organisiert und generieren immense Finanzströme, die durch Geldwäsche in weitere kriminelle Machenschaften „reinvestiert“ werden, zu relevanten Teilen aber auch in legale Wirtschaftsstrukturen fließen. Mehr noch: Organisierte Kriminalität und Terrorismus scheinen zunehmend symbiotische Beziehungen einzugehen. In unserer Kooperationstagung mit der Studienstiftung des deutschen Volkes referierten und diskutierten Wissenschaftler und OK-Ermittler über die unterschiedlichen Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität und ihre medial vermittelten Bilder, über Bekämpfungsstrategien und Ermittlungsansätze sowie über Herausforderungen für Staat und Gesellschaft.

Jörg Kinzig, Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen, erklärte, dass ein wesentliches Charakteristikum der Organisierten Kriminalität die planmäßige Begehung von Straftaten mit einem ausgeprägten materiellen Gewinnstreben ist. Oft werden dabei sogenannte „opferlose“ Delikte begangen. In aller Regel kennzeichnen sich diese illegalen Handlungen durch die Nutzung gewerblicher Strukturen, oft transnational verflochten. Gleichwohl

erscheine die rechtliche Definition der OK zu eng, als dass sie all ihre faktischen Erscheinungsformen abdeckte. Insofern seien auch die amtlichen Statistiken und Lagebilder des Bundeskriminalamts zwar gute Indikatoren, böten aber Interpretationsspielraum. Dieser ändere allerdings nichts an der „Stabilität der Organisierten Kriminalität“, deren Umfang und Ausmaße über Jahre konstant bleiben. Kinzig gab zudem Einblicke in den Ablauf von Ermittlungsverfahren und erläuterte, welche gesetzgeberischen Maßnahmen bestehen und welchen Reformbedarf es gibt. Aufgrund der engen juristischen Definition der OK resümierte der Tübinger Professor: „Aus justizieller Perspektive ist die Organisierte Kriminalität in Deutschland nur schwer zu finden.“ Dies bedeute allerdings nicht, dass diese Strafta-

ten nicht belangt würden – vielmehr würden sie als „gewöhnliche“ Straftaten geahndet, wobei das Strafmaß oft höher ausfalle, als es bei einer Zuordnung zur Kategorie der OK der Fall wäre.

Akteure und Strukturen

Klaus von Lampe (City University of New York) stellte einen „Werkzeugkasten“ zur Erfassung, Systematisierung und Analyse der OK in ihren vielfältigen Ausprägungen vor. Organisierte Kriminalität lasse sich grundsätzlich in drei Kategorien unterteilen: in illegale Märkte (etwa Menschen-, Drogen- und Waffenhandel), in Vermögens- und Einkommensdelikte (Bandendiebstähle, Phishing u. a.) sowie in illegale, quasi-staatliche Machtausübung (z. B. durch mafiöse Strukturen). Auch die Täterstrukturen lassen sich differenzieren, wobei neben ökonomischen Motivationen auch soziale sowie quasi-staatliche Beweggründe handlungsleitend sein können.



Al Capone gilt als Prototyp des Organisierten Verbrechens

Ebenso seien auch unterschiedliche Formen und Organisationsgrade von kriminellen Strukturen unterscheidbar: Zwischen der marktbasierter Form auf dem einen Ende des Kontinuums und der hierarchisch strikt aufgebauten Organisation auf dem anderen Ende können vermehrt Netzwerkbeziehungen ausgemacht werden, wobei die Tendenz eben zu diesen losen Vereinigungen ginge. Und nicht zuletzt variere das Verhältnis zwischen den kriminellen Akteuren und staatlichen Strukturen: Dieses reiche von der Kontaktvermeidung, über Korruption bis hin zur offenen Konfrontation.

Am Beispiel des ebenso bekannten wie berüchtigten Drogenbarons Pablo Escobar verdeutlichte Hans-Jörg Albrecht, Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht und Hochschullehrer in Freiburg, wie sich die Merkmale des Organisierten Verbrechens in dessen Handlungen wiederfinden lassen: Eine effiziente Logistik, beeindruckende Netzwerke, Korruption und die Anwendung massiver Gewalt machten den Kolumbianer zu einem der erfolgreichsten Kokainhändler. Escobars Drogenimperium diene auch als Beispiel, um durchaus symbiotische Beziehungen zwischen Organisierter Kriminalität und Terrorismus darzustellen.

Organisierte Kriminalität und Terrorismus

Im Gegensatz zur „reinen“ Organisierten Kriminalität zeichne sich Terrorismus durch eine stringente politische bzw. ideologische Zielsetzung der jeweiligen Gruppierung aus, die sich zudem offener Gewalt bediene. Gleichwohl können auch Akteure der OK terroristische Gewaltakte begehen – oft mit dem Ziel, etwa die Strafverfolgungsbehörden einzuschüchtern. Aber auch umgekehrt schöpfen terroristische Vereinigungen Gewinne aus der Organisierten Kriminalität, um ihre terroristischen Handlungen zu finanzieren und dadurch den ideologischen „Auftrag“ verfolgen zu können.

Beispiele hierfür sind neben der IRA und FARC aktuell auch der sogenannte „Islamische Staat“. Für Verknüpfungen von Organisierter Kriminalität und Terrorismus gilt grundsätzlich: Terroristische Vereinigungen tendieren aus finanzieller Motivation oft zur OK. Eine Transformation von Organi-



Lucky Luciano: amerikanischer Mafia-Boss in den 1930er-Jahren

Fotos: wikimediacommons / US Department of Justice

sierter Kriminalität hin zum Terrorismus ist hingegen ein seltenes Phänomen, da sie gerade die einschlägigen Merkmale des Terrorismus negiert: Sie operiert vornehmlich mit verdeckter Gewalt und begeht eher opferlose Delikte; zudem ist ihr eine Ideologisierung fern, da alleine das materielle Gewinnstreben im Vordergrund steht.

„Was wissen wir (nicht)?“, fragte Professor Friedrich Schneider von der Universität Linz über die weltweiten ökonomischen Ausmaße der Organisierten Kriminalität. Anlass zu dieser Frage sind Schätzungen über die Erlöse aus illegalen Straftaten, die immer wieder in den Medien kursieren und in etwa auf zwei bis fünf Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts geschätzt werden. Das entspreche Summen von hunderten bis tausenden Milliarden US-Dollar, die durch Geldwäsche wieder in die offizielle Wirtschaft einfließen. Die Spannen bei den hochgerechneten Erlösen aus illegalen Geschäften seien groß und häufig überschätzt. Nach seinen eigenen Berechnungen für den IWF

bewege sich eine realistische Summe in der Größenordnung von 650 Milliarden US-Dollar. Insbesondere das informelle Hawala-Bankensystem ermögliche es der Organisierten Kriminalität, internationale Transaktionen abseits staatlicher und internationaler Kontrolle zu tätigen und somit keine nachvollziehbaren Spuren für Strafverfolgungsbehörden zu hinterlassen. Insofern blieben bei der Analyse der Finanzströme transnational Organisierte Kriminalität mehr Fragen offen als man beantworten könne: „Wir wissen wenig über die Arten der Geldwäsche und wo das Geld reinvestiert wird und verbleibt“, so Schneider.

Eine andere Sichtweise auf die Organisierte Kriminalität wählte die Medienwissenschaftlerin Tanja Weber von der Universität Köln: Sie widmete sich der Analyse medial vermittelter Bilder des Organisierten Verbrechens in Film und Serie und untersuchte sie auf mögliche Verzerrungen, Verherrlichungen sowie ihr ikonographisches Potenzial.



Tanja Weber analysierte Film-Bilder des organisierten Verbrechens

Fotos: Muth

Seit den Anfängen der Filmindustrie in Hollywood gilt der Gangster als Prototyp der mythischen Figur, die sich aus dem Dualismus von Wunsch und Alptraum speist. Anhand von Filmausschnitten zeigte Weber, wie das klassische Bild des Gangsters, der seine Erfolge vor allem durch Luxusgüter zur Schau stellte, einer breiten Masse vermittelt wurde. Das Organi-



sierte Verbrechen lieferte der Unterhaltungsindustrie schon immer Material, um den idealtypischen Mafiosi filmisch in Szene zu setzen, wie man ihn aus den klassischen Filmen („Der Pate“) kennt. Die italienische Kinematographie geht hier einen anderen Weg: In ihrer Erzählkonvention steht der Ermittler, der von außen kommt und am Ende in der Regel umgebracht wird, als moralische Integrationsfigur im Fokus: Nicht der Gangster wird hier mythisch überhöht, sondern das Ohnmachtsgefühl, die Omertà und die Exotik des Todes.

Gleichwohl sind beide Darstellungsarten im Wandel begriffen: von der klischeehaften Mafiafigur, wie dem „Paten“, oder vom integren Ermittler hin zu komplexeren Bildern wie etwa in „Gomorra“. Hierbei werde die stereotypische Gangsterhandlung von einem dem realen Verbrechen näher kommenden Plot abgelöst. Es gibt kaum mehr eindeutige Identifikationsangebote für den Zuschauer. Film und Verbrechen sind allerdings keine Einbahnstraße. Denn in umgekehrter Perspektive liefert auch die Unterhaltungsindustrie Stoff, der im realen Verbrechen durchaus Nachahmung finden kann und auch findet: So haben schon Mafiosi ihre Anwesen nach filmischen Vorbildern bauen lassen, für Beerdigungsfeiern lässt man sich mitunter gerne durch konkrete Filmszenen inspirieren, und auch gewisse Waffenhaltungen fanden erst nach ihrer filmischen Darstellung Nachahmung im realen kriminellen Milieu.

Menschenhandel

Abseits der wissenschaftlichen Perspektiven auf den Komplex der Organisierten Kriminalität, gab Jessica Schukraft Einblick in die praktische Arbeit der Fachberatungsstelle für Frauenmigration und Frauenhandel. Die Sozialarbeiterin berichtete über die Opfer des organisierten Menschenhandels, die aufgrund einer prekären wirtschaftlichen Lage und Unkenntnis in Prostitution getrieben werden. Für diese Frauen sei es schwer, sich wieder aus einer solchen Abhängigkeit zu lösen. Über Polizei oder Frauen



Menschenhandel spielt sich häufig in den Rotlichtvierteln der Großstädte ab

Foto: Kamillo Kluth / wikimediacommons

aus der gleichen Community stellt die Beratungsstelle Kontakt zu Opfern her. Ziel ihrer Arbeit sei es, die Frauen aus dem Abhängigkeitsverhältnis zu befreien, ihnen eine ausreichende medizinische und psychologische Versorgung zukommen zu lassen und sie auf lange Sicht wieder zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen.



Jessica Schukraft berichtete über Opfer des organisierten Menschenhandels

Die Tagung bot auch die Gelegenheit unter fachkundiger Anleitung und Moderation Einzelaspekte der Organisierten Kriminalität und ihrer Bekämpfung zu erforschen: Unter Leitung von Herrmann Utz vom Polizeipräsidium München wurden Strategien zur Vorbeugung und Bekämpfung der OK aus Sicht der Ermittlungsbehörden debattiert. Eine zweite Arbeitsgruppe widmete sich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive unter Vor-

sitz von Klaus G. Troitzsch (Universität Koblenz-Landau) der Frage, inwieweit die Modellierung von Schutzgelderpressungssystemen einen Beitrag zur Ursachenbekämpfung leisten kann. Eine dritte Arbeitsgruppe vertiefte die medienwissenschaftliche Perspektive, wobei der Fokus der Frage galt, ob in filmischer Darstellung OK geächtet oder verherrlicht werde. Schließlich wurde in einer wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitsgruppe unter Leitung von Tim Krieger (Universität Freiburg) die ökonomische Theorie der Organisierten Kriminalität durchleuchtet und auf ihre empirische Relevanz überprüft.

Insgesamt verdeutlichte die Tagung, dass das Organisierte Verbrechen eben nicht nur in amerikanischen Serien existiert, sondern auch im europäischen Alltag durchaus präsent ist: Auch ein wohlhabender Rechtsstaat wie Deutschland ist keinesfalls vor den Herausforderungen durch die Organisierte Kriminalität gefeit. Diese müssen zwar vorrangig von den staatlichen Institutionen bearbeitet werden, doch stellen sie auch eine zivilgesellschaftliche Aufgabe dar – sich nämlich durch kollektives und individuelles Engagement dem Organisierten Verbrechen entgegenzustellen: sei es durch entsprechende Sensibilitäten, sei es durch die Unterstützung von Opfern Organisierter Kriminalität. ■

*Andreas Kalina
Manuel Muth*

Widerstand und Identität – Protestbewegungen in Osteuropa

Schwache Zivilgesellschaften galten lange als eine Altlast der sozialistischen Regime, die die Errichtung und gesellschaftliche Verankerung von Demokratien in Osteuropa be- oder verhindern würden. Mehrere Veränderungen scheinen diesen Befund allmählich in Frage zu stellen. Seit den „elektoralen Revolutionen“ in Serbien, Georgien, Ukraine und Kirgistan ist die mobilisierte Zivilgesellschaft wiederholt als Akteur politischen Wandels hervorgetreten. In den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten bilden sich vermehrt zivilgesellschaftliche Protestbewegungen gegen die krisenbedingten Sparprogramme und die korrupten Verstrickungen politischer Eliten. Umgekehrt organisieren oft die regierenden Eliten „soziale Bewegungen“ zur Unterstützung ihrer Politik.

Unsere gemeinsam mit dem „Kompetenznetz Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus (KomPost)“ und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde organisierte 23. Osteuropa-Nachwuchstagung untersuchte die Ressourcen, Symbolik und Relevanz dieser Bewegungen und ihrer Akteure als Manifestationen von „Widerstand“ und „Identität“.

Ermächtigung des Populismus

Der Bedeutung, den Ursachen und Folgen öffentlicher politischer Proteste in Osteuropa widmete sich Martin Brusic vom KomPost-Projektverbund. Im Ländervergleich erwiesen sich vor allem die wachsende sozioökonomische Ungleichheit und eine Kombination von Misstrauen in politische Parteien einerseits und allgemeinem Vertrauen gegenüber Mitbürgern andererseits als Einflussfaktoren für häufige Proteste. In vielen osteuropäischen Ländern führte die sich in den Protesten ausdrückende Unzufriedenheit mit den politischen Eliten zur Stärkung von Anti-Establishment-Parteien und zu Regierungsrücktritten. Auf der anderen Seite ent-

behrten sie nach wie vor oft der kompromissbereiten und gestalterischen politischen Kraft, die dieses Vakuum nachhaltig demokratisch ausfüllen würde. Proteste sind nach Brusic' Auf-

ermächtigen und die demokratische Gewaltenkontrolle schwächen könne. In einzelnen Panels wurden die unterschiedlichen Aspekte von Protest und Protestverhalten in interdisziplinärer Perspektive analysiert. Debattiert wurde u. a. inwieweit man in Osteuropa tatsächlich von einer Zivilgesellschaft als einer „Klasse“ sprechen könne, denn faktisch wären eher einzelne Bürgerinitiativen aktiv, die in der Regel in Konkurrenz zueinander stünden und dadurch ihre Protestpotenziale schmälerten. Ein aktuelles Beispiel hierfür sei die ohnmächtige Protestformation im Russland Putins, zumal die Opposition aufgrund ihrer Zersplitterung, des restriktiven Wahlrechts und der begrenzten Anziehungskraft pro-europäischer Programmatiken als politische Alternative kaum bei der Masse ankommt.



Der Maidan in Kiew nach den Kämpfen im Februar 2014

Foto: Amakuha / wikimedia commons

fassung ein „riskanter Korrekturmechanismus“, der zu einer verantwortlicheren Regierungsführung beitragen, aber auch populistische Politik

Als relevantes gesellschaftliches Integrationsmoment wurde für alle Epochen des 20. Jahrhunderts die Identitätskonstruktion durch die jeweils vor-

herrschenden Kirchen herausgearbeitet – sei es innerhalb der russisch-orthodoxen Kirche, sei es innerhalb des oberschlesischen Katholizismus. Auch bei den revolutionären Umwälzungen in der Ukraine spielte die religiöse Identität eine entscheidende Rolle als zivilgesellschaftliche Ressource. So ist die ukrainische orthodoxe Kirche seit 2007 vom Moskauer Patriarchat abgewichen und bringt insbesondere seit den Kämpfen auf dem Maidan ihre eigene Identität zum Ausdruck.

Neben den religiösen Identitätsangeboten komme der modernen Kunst eine entscheidende Bedeutung als gesellschaftliches Integrationsmoment und Protestmittel zu: insbesondere in Form der Street Art, die allgegenwärtig die Proteste auf dem Maidan umrahmte.

Instrumentalisierte Geschichtsschreibung

Vergleichbar mit der Nationenbildungsphase in Westeuropa stellt in den Transformationsgesellschaften Osteuropas vor allem eine instrumentalisierte Geschichtsschreibung und



Patriarch Filaret geht als Oberhaupt der orthodoxen Kirche in der Ukraine einen eigenen Weg
Foto: Håkan Henriksson / wikimedia commons

-interpretation den Grundpfeiler der staatlichen wie oppositionellen Identitätspolitik dar. Infolge der politischen Regimewechsel und regionalistischer Spannungen sticht eine spannungsreiche Konstellation neuer und alter Identitäten hervor, die angesichts ihrer Unvereinbarkeiten die Gesellschaften vor Identifikationsprobleme stellt.

Eines der wichtigsten Tätigkeitsfelder Andersdenkender in der Sowjetperiode war die Produktion und Verbreitung literarischer, dokumentarischer und politisch-programmatischer Texte. Vor allem die satirische Reflexion der sozialistischen Realität galt als schlagkräftige Widerstandsressource. Neben den literarisch und intellektuell ausgefeilten Texten wurde ziviler Ungehorsam und Widerstand gegenüber der staatlichen Autorität in Form von Tagebucheinträgen, Notizbüchern und Erinnerungstexten gelebt und bekundet. Heute übernehmen diese Funktion vor allem Blogs, die durchaus dezidiert im Spannungsverhältnis zum offiziellen staatlichen bzw. staatsreligiösen Diskurs stehen.

Literatur und Protest

Der jüngst an Swetlana Alexijewitsch verliehene Literatur-Nobelpreis unterstreicht zudem die Wirkmächtigkeit der Dokumentprosa auch als Protestmittel gegenüber den autoritären Regimen der postsowjetischen Ära. So betonte die Schwedische Akademie, dass Alexijewitsch „für ihr stimmiges Gesamtwerk“ ausgezeich-



Swetlana Alexijewitsch, weißrussische Schriftstellerin, Friedenspreis des deutschen Buchhandels 2013, Nobelpreis für Literatur 2015, bei einem Gesprächsabend des Literaturhauses Köln

Foto: Elke Wetzig / wikimedia commons

net wird, „das dem Leiden und dem Mut unserer Zeit ein Denkmal setzt.“ Sie selbst finde, dass ihre Auszeichnung sehr viel für die Meinungsfreiheit in Belarus und Russland bedeute. Die Literatur ist und bleibt ein politisches (Protest-)Mittel par excellence.

Insgesamt verdeutlichte die Tagung die zahlreichen Spannungen in den Transformationsgesellschaften Osteuropas. Sie identifizierte geschichtliche, kulturelle und soziopsychologische Eigenheiten, die die beobachtbare Struktur des Protests und Widerstands ausmachen, zugleich oft der Formation einer konsonanten Zivilgesellschaft entgegenstehen und vielfach Nationenbildungsprozesse ausbremsen. Andererseits zeigte sie an Beispielen der Street Art und Literatur auch durchaus wirkungsmächtige Ressourcen für Protest auf, die auf längere Sicht auch identitätsbildend wirken. Die Demokratisierung bleibt weiterhin die vordringliche Herausforderung, eine ausgeprägte Zivilgesellschaft ist das zentrale Moment. ■

Andreas Kalina
Anja Lange

Aus der Wüste zurück – Ansichten aus Arizona

Unser Zeithistoriker Michael Mayer verbrachte auf Einladung des Institute for Humanities Research ein Forschungssemester an der Arizona State University. Er berichtet von seinen Erlebnissen.

Ein Saloon mitten in der Wüste Arizonas. Draußen Saguaro-Kakteen, dazwischen vom Wind verwirbelter Staub und flimmernde Hitze. Die Schwingtür bewegt sich mit lautem Knarzen, und der eintretende Fremde zieht die Blicke



Der Saguaro-Kaktus ist die Wappenspflanze Arizonas

der Saloongäste magisch an. Ein endlos langer Weg bis zur Bar. „Where do you come from?“, so die misstrauische Frage des Barkeepers. „Germany“, lautet die Antwort des Fremden, der nichts Gutes ahnt. „Okay“, schnarrt der Barkeeper. Der Deutsche atmet hörbar auf. „You did it right“, meint der Barkeeper und ergänzt: „In the first place.“ Es hat sich im extrem konservativen Südwesten der USA durchaus bewährt, nicht einem jener Völker anzugehören, deren Arbeitskraft zwar nur zu gerne für einen Hungerlohn ausgenutzt wird – so wie die illegalen mexikanischen Einwanderer, deren bloße Existenz im Staat aber als Bedrohung des „White Anglo-Saxon Protestant Ame-

rica“ gilt. Doch ist es für den Deutschen überraschend, dass die Kulturleistung der Bundesrepublik, nämlich der kritische Umgang mit ihrer Vergangenheit, geringgeschätzt, dafür aber der Rassismus der Nazis vor 1945 umso mehr geachtet wird.

Sparen für die Bildung

Insgesamt wundert dies wenig in einem Bundesstaat, in dem sogar die konservative republikanische Partei als zu weit links stehend verachtet wird. Der im Januar 2015 frisch vereidigte republikanische Gouverneur, Doug Ducey, versuchte sich deshalb auch sofort an der klassischen Politik der Neokonservativen, die darin besteht, den Staat einer möglichst effektiven Hungerkur zu unterziehen. Seine Ankündigung von großzügigen Kürzungen im Bildungsetat ließ sogleich die staatlichen Schu-

len erzittern. Aus purer Geldnot heraus wurde deshalb die Einführung einer Vier-Tage-Woche in diesen Einrichtungen diskutiert. Da Amerikaner jedoch – ebenso wie Deutsche – bemerkenswerte Hybridwesen sind, die einerseits grundlegend abgeneigt sind, Steuern zu zahlen, andererseits aber ebenso abgeneigt sind, ihre Kinder bildungsfern aufwachsen zu lassen, kam es zu einem rettenden Aufschrei, der Schlimmeres verhinderte. Die Umfragewerte des Gouverneurs rauschten in den Keller, wo auch seine Pläne zur Bildungsreform verschwanden. Nichtsdestotrotz überlegen Eltern schon nach der Geburt eines Kindes, ob sie sich eine Privatschule leisten können. Die Rechnung am heimischen Küchentisch muss dabei in Betracht ziehen, dass die Eltern selbst mehrere hunderttausend Dollar an Gebühren für ihr eigenes Studium abzustottern haben. Zugleich wird zu meist kurz nach der Geburt bereits damit begonnen, Geld für das abzusehende Studium des Nachwuchses anzusparen. Diese Doppelbelastung lässt oftmals keinen Raum für eine Privatschule. Gute staatliche Schulen sind deshalb umso gefragter. Gerne fahren Mum and Dad ein paar Blocks weiter,



Tauschten See gegen Wüste: Volker Benkert (links) und Michael Mayer

Fotos: privat

um die Kinder in einer besseren Schule unterzubringen. Diese sind aus diesem Grunde meist mit einer großzügigen Auffahrt ausgerüstet, um den Stau der mindestens 50 Kraftfahrzeuge abzufangen, die sich allmorgendlich – von Ver-

ten deutlich einfacher und dort auch sicherlich im Einzelfalle sehr sinnvoll. Die Geisteswissenschaften mit ihrer stark individualistischen Struktur sind hierfür weniger geeignet.

tungsstörungen gezeichnet sind. Für die Humanisten unter uns erfreulich ist dabei die Tatsache, dass diese jungen Menschen zwar mit Begeisterung in den Krieg zogen, jedoch als gereifte, ungemein reflektierte Veteranen zurückkehrten, die Krieg und Gewalt ausgesprochen kritisch sehen.



Das Musik-Auditorium der Arizona State University in Tempe

Fotos: Wars/wikimedia commons

kehrslotsen geleitet – im Schrittempo auf den Eingang der Schule zubewegen, wo dann der Nachwuchs in die Obhut der Lehrer entlassen wird.

Sparwut und Innovationsfreude zeigten zugleich an den Universitäten interessante Folgen. So verschmolz die Arizona State University die Fachbereiche Geschichte, Politik- und Religionswissenschaft zu einer interdisziplinären Einheit, in der Hoffnung, Gelder einsparen zu können und neue Forschungsimpulse durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Disziplinen zu generieren. Das Ergebnis war deutlich und sollte hiesigen Buchhaltern und Sparfüchsen in den Finanzministerien eine Lehre sein: Die Kosten für die neu geschaffene Fakultät überstiegen die Ausgaben der zuvor selbständigen Fachbereiche. Zudem führten Friktionen zwischen den einzelnen Institutsmitarbeitern dazu, dass die Forschungsaktivitäten für mehrere Jahre beinahe lahmgelegt wurden. Inzwischen hat sich die Lage normalisiert. Es gibt fruchtbare bilaterale Kooperationen, auch wenn es nicht zur ersehnten fächerübergreifenden Zusammenarbeit gekommen ist. Diese ist zwischen Naturwissenschaf-

Das Bildungssystem, insbesondere die Universitäten, haben zudem die Folgen der kriegerischen amerikanischen Außenpolitik abzufedern. Dort dürfen Veteranen der US-Armee zu besonderen Konditionen studieren. Dies führt dazu, dass sich der ungediente deutsche Historiker, der an einer amerikanischen Universität über Krieg und Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert referiert, jungen Studierenden gegenüber sieht, die nicht nur über eigene Kampfeinsätze berichten können, sondern auch durch Verletzungen und posttraumatische Belas-

Spätfolgen für Kriegsveteranen

Bedauerlich ist nur der Preis, den sie dafür zu zahlen hatten. Viele von ihnen hatten unter langjährigen Folgen ihrer Verwundungen zu leiden. Das Beispiel einer jungen Frau, die von einem Geschoss am Kopf getroffen wurde und erst nach Jahren einer Kunsttherapie wieder halbwegs selbständig leben konnte, blieb besonders im Gedächtnis haften. Hinzu kamen aber noch Folgen des Kriegseinsatzes, in dem unbedachte Handlungen und Unvorsichtigkeit tödliche Auswirkungen haben konnten. Dieses grundsätzliche Bedrohungsgefühl nahm auch nach der Rückkehr in die Heimat nicht mehr ab. Im Seminarraum saßen diese Studierenden niemals mit dem Rücken zur Tür und kontrollierten bei Ankunft immer zuerst die Fluchtmöglichkeiten. Somit kann sich der große Tagungssaal der Akademie in Tutzing in Zukunft als besonders „veteranenfreundlich“ bezeichnen: Die Umgebung lässt sich gut überblicken und Fluchtmöglichkeiten sind in drei Himmelsrichtungen vorhanden... 🏠

Michael Mayer



Ausblicke am Grand Canyon



Ursula Münch / Heinrich Oberreuter (Hg.)

Die neue Offenheit

Wahlverhalten und Regierungsoptionen im Kontext der Bundestagswahl 2013

Campus Verlag, Frankfurt am Main 2015, 388 S., kartoniert, 29,90 €, ISBN 978-3-593-50161-1

Was für ein Paukenschlag! Bei der Bundestagswahl 2013 scheidet die FDP aus dem deutschen Parlament aus, der Alternative für Deutschland (AfD) gelingt dagegen fast der Sprung nach Berlin. CDU und CSU erringen nahezu die Hälfte der Mandate. Die Linke geht als drittstärkste Partei aus den Wahlen hervor. SPD und Grüne sind nach dem Urnengang hin- und hergerissen angesichts enttäuschender Resultate und der verlockenden Aussicht, der nächsten Bundesregierung anzugehören.

Renommierete Experten legen in diesem Band eine detaillierte Analyse der zurückliegenden Bundestagswahl vor. Im Mittelpunkt ihrer Untersuchungen steht dabei nicht die Momentaufnahme des 22. September 2013, sondern

die langfristige Perspektive: Welche Rückschlüsse lassen sich aus der Wahl für das Parteiensystem, das Wählerverhalten und die politische Kommunikation in Deutschland ziehen?

Ursula Münch / Armin Scherb /
Walter Eisenhart / Michael Schröder (Hrsg.)
Politische (Urteils-)Bildung im 21. Jahrhundert
Herausforderungen, Ziele, Formate
Tutzingener Schriften zur politischen Bildung Bd. 9,
Wochenschau Verlag, Schwalbach am Taunus 2015,
312 S., brosch., 19,80 €, ISBN 978-3-7344-0190-9



Die Warnsignale sind unübersehbar: Die Wahlbeteiligung sinkt auf allen Ebenen, Parteien und Verbände verlieren ihre Mitglieder. Größer werdende Teile der Bevölkerung wenden sich von der Politik ab. Radikalisierung und Extremismus nehmen zu. Das fehlende Wissen über Demokratie, Parlamentarismus und Parteienstaat wird begleitet von einem lauter werdenden Ruf nach Mitbestimmung, mehr direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Ein wirksames Mittel gegen Politikverdruss, Apathie, Extremismus und Populismus ist ein Mehr an politischer Bildung. Doch ihre Wirkung kann sie nur entfalten, wenn sie nicht als Feuerwehr missbraucht wird. Eine stabile Demokratie braucht Demokraten. Sie fallen aber nicht vom Himmel (Theodor Eschenburg). Und als Demokrat wird man nicht geboren (Michael Greven). Deswegen brauchen Demokraten politische Bildung – ein Leben lang.

Dieses Buch ist ein Plädoyer für eine wertgebundene, an Rationalität orientierte und kontinuierliche politische Bildung. Es ist sowohl Rückblick wie auch Bestandsaufnahme und Ausblick auf die Herausforderungen für politische Bildung in einer globalisierten, digitalen Medienwelt.

LINDAUER ZEITUNG vom 10. August 2015:

„Ohne Konsens funktioniert das System eh nicht“

Teilnehmer der Europäischen Talent-Akademie der Fraunhofer-Gesellschaft erleben, wie Europa funktioniert

Beim „Planspiel Europa“ haben die 60 jungen Teilnehmer der „Europäischen Talent Akademie Lindau“ die Europa-Politik hautnah erlebt und versucht, ihre „eigenen“ Positionen in einen aktuellen Gesetzgebungs- und Verhandlungsprozess einzubringen. Dabei haben sie erfahren, dass das gar nicht so einfach ist.

Es läutet, Zeichen für die Mitglieder des Europäischen Ministerrates ihre Plätze einzunehmen, damit Präsident Alfano die Sitzung eröffnen kann. „Erlaubt sind nur Fragen zum Inhalt“, weist er die Mitglieder der europäischen Länder hin, bevor er seinem Kollegen, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, das Wort erteilt. Während Moraes den Antrag des Europaparlaments vorstellt und erklärt, dass das Gremium eine Behörde schaffen will, die über verschiedene Kriterien zur Neuordnung des Datenschutzes entscheiden soll, schildert Vizepräsident Gál die Änderungsanträge des Parlamentes zum geltenden Gesetz.

Die Europäische Union tagt in Lindau und diskutiert in der beschaulichen Inselstadt über die sogenannte Datenschutz-Grundverordnung? Mitnichten. Auch, wenn es so scheint. Nicht nur, weil die jungen Damen und Herren in ihren Anzügen und Businesskleidern durchaus als Politiker durchgehen könnten, sondern auch darum, weil sie engagiert und professionell bei der Sache sind.

Doch das, was sich da in der Mensa und dem Musiksaal des Bodenseegymnasiums abspielt, ist lediglich ein Planspiel. Eine Simulation der „Akademie für Politische Bildung Tutzing“, in der die 60 Teilnehmer der Ferienakademie des Fraunhofer Instituts in die Rollen der europäischen Politiker schlüpfen. „Und erleben, wie Europa funktioniert“, wie Michael Schröder und seine Kollegin Sarah Morcos, von der unabhängigen Bildungseinrichtung, erklären. Dabei erfahren sie, dass Europa kompliziert ist, dass Rat und Parlament zusammenarbeiten müssen und sich die Politiker von einem Kompromiss zum nächsten hangeln, bis es am Ende endlich ein Ergebnis gibt. „Und wie viel dann noch von der eigenen Meinung übrig bleibt?“, fragt Schröder vielsagend, bevor er darauf hinweist, dass bei diesem Planspiel der Ausgang ungewiss ist, weil auch in der Realität die Politiker noch mitten in der Diskussion stünden und daher die Europäische Union noch zu keinem Ergebnis gekommen sei.

Schüler schlüpfen in Politiker-Rollen

Indessen debattieren die Mitglieder des Ministerrats in der Mensa kräftig weiter über die Änderungsanträge des Europäischen Parlaments. Neben dem Recht auf Vergessenwerden geht es um den Schutz von Kindern und Jugendlichen. Die Politiker sitzen an in Hufeisenform aufgestellten Tischen. Vor ihnen Wasserflaschen, die jeweiligen

Nationalfahnen und Namensschilder, die auf Vornamen verzichten. Kein Wunder, schließlich sollen die Teilnehmer zwar die tatsächlichen Meinungen der von ihnen gespielten Politiker vertreten. Ob der nun ein Mann oder eine Frau ist, ist dabei unwichtig. Und so kommt es, dass Matthias Mair aus Tirol in die Rolle der bulgarischen Abgeordneten Mariya Gabriel schlüpft und Ann-Kathrin Raab aus Deutschland in die der spanischen Abgeordneten Teresa Barrio. Kein Problem für die beiden Siebzehnjährigen. „Das Rollenprofil und die Meinung entsprechen weitgehend meiner eigenen Meinung und von daher ist es für mich leicht, diese Rolle zu übernehmen“, sagt Ann-Kathrin, während Matthias einräumt, dass das Profil „seines“ Politikers doch konservativer sei, als er es ist. „Aber es sind ja nur Richtlinien. Und überhaupt: Ohne Konsens funktioniert das ganze System eh nicht.“

Über diese Erkenntnis hinaus haben die beiden an diesem Tag noch eine ganze Menge mehr gelernt. „Für mich ist dieses Planspiel sehr aufschlussreich. Denn es zeigt mir gut, wo die Probleme in der ganzen Struktur liegen.“ Der Meinung von Matthias kann sich Ann-Kathrin durchaus anschließen. Doch sie ergänzt: „Man gewinnt ein gewisses Verständnis dafür, wie es in der Realität aussieht.“

(siehe Bericht Seite 28)

Hedwig Spies im KREISBOTE FÜRSTENFELDBRUCK vom 12. August 2015:

Ein Drittel hängt dem Islamismus an

Ein Drittel der Muslime hängen der Lebensphilosophie des „Islamismus“ an, sagte der frühere Bundeswehroffizier Dr. Said AlDailami bei der Veranstaltung der Politischen Akademie Tutzing zum Thema „Die Anziehungskraft des Islamismus – Ursachenforschung und Gegenstrategien“ am 25. Juli 2015.

AlDailami war direkt aus Tunis, wo er als Projektleiter für die Hanns-Seidel-Stiftung im Maghreb arbeitet, an den Starnberger See gereist. An der Bundeswehr-Universität hat er über das „Erneuerungsdenken in der islamischen Welt“ promoviert. Der zweite Referent, der israelisch-arabische Diplom-Psychologe Ahmad Mansour, Programme Director bei der European Foundation for Democracy in Brüssel sowie Gruppenleiter des Heroes-Projekts in Berlin, betreut 150 Familien über die Beratungsstelle HAYAT, deren Söhne und Töchter nach Syrien ausgereist sind oder Gefahr laufen, radikalisiert zu werden. Mansour, der früher in Israel als junger Palästinenser beinahe radikaler Islamist geworden wäre, betonte: „Kritisches Denken ist eines der wichtigsten Momente bei der Präventionsarbeit“ ...

... Warum ist der Salafismus attraktiv für Jugendliche? Die Frage wurde bei der Veranstaltung an der Politischen Akademie Tutzing erörtert.

Gefährdet seien Jugendliche, die in patriarchalischen Verhältnissen aufwachsen, Mädchen, die um 18 Uhr zu Hause sein müssen, über die die männlichen Mitglieder der Familie bestimmen, Familien, wo die Sexualität tabuisiert wird, in der der Kontakt zum anderen Geschlecht unterbunden wird, wo der eigene Körper ein Tabu ist, man in einer Opferrolle mit

Feindbild verharret, wo antisemitisches Gedankengut vermittelt wird, solche jungen Menschen, weiß Mansour aus seiner Beratungstätigkeit bei HAYAT, seien ein leichtes Opfer für Salafisten: Diese bräuchten nur ihren Kescher hineinzuhalten, bildlich gesprochen, um jede Menge bereitwilliger Leute zu rekrutieren.

Junge Mädchen aus patriarchalisch geprägten Familien, seien von der Aussicht auf eine schnelle Heirat mit einem „Sexy-Kämpfer“ fasziniert. Mansour: „Das geht in drei Tagen, während es sonst lange dauert, bis der richtige Ehemann gefunden ist und man eine Hochzeit ausrichten kann.“

Das seien junge Frauen, die diesen Schritt als Befreiung erleben. Zuhause wurde ihre Kleidung kontrolliert, es wurden ihnen Schulausflüge und der Schwimmunterricht verboten, der Bruder und der Vater bestimmten über sie. Jetzt können sie mit ihren Männern in Syrien den Islam ausleben ...

... Man rekrutiert im Internet, in sozialen Netzwerken. Die Salafisten reden der Zielperson ein, sie solle sich von Vater, Bruder, Mutter emanzipieren. Schuldgefühle kommen somit nicht auf – man fühle sich als Welt-Retter. Die Verteilung des Koran hält Mansour für vertretbar. Das Problem dabei ist: „Die, die diese Missionierung betreiben, sind die Radikalen“. Ein Drittel der jungen Menschen, die nach Syrien ausreisen, waren vorher im sog. „LIES“-Projekt aktiv ...

Ulrich Milde in der LEIPZIGER VOLKSZEITUNG
vom 4. September 2015:

Aufholprozess im Osten stockt

Die ostdeutsche Wirtschaft wird auch in absehbarer Zeit den Rückstand zum Westen nicht verringern. „Alles spricht dafür, dass Ostdeutschland in den nächsten 25 Jahren nicht aufholen kann“, sagte Joachim Ragnitz, stellvertretender Leiter der Dresdner Niederlassung des Ifo-Instituts, gestern auf einer Tagung in der Politischen Akademie Tutzing anlässlich der Wiedervereinigung vor einem Vierteljahrhundert. „Die Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland im Sinne der Wirtschaftsleistung ist bereits vor zwanzig Jahren zum Stillstand gekommen“, sagte der Volkswirt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung

verharre seit 1995 bei 75 Prozent des westdeutschen Durchschnitts. Das zur Arbeitsagentur gehörende Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung hatte vor wenigen Wochen den Ost-West-Rückstand ebenfalls festgestellt und als Ursache „vergleichsweise wenige wirtschaftlich erfolgreiche Großunternehmen“ angeführt. Dennoch gebe es in den neuen Ländern „viele hochproduktive Betriebe, die westdeutschen Firmen in nichts nachstünden. Es hätten sich regionale Leuchttürme wie Dresden und Jena mit wertschöpfungsintensiven Branchen herausgebildet ...

(siehe Bericht Seite 7)

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Dezember

49-5 1. Dezember

Aktuelle Themen im Unterricht:

Flucht, Asyl, Integration

Teil 2: Europäische und deutsche Asylpolitik

Eine Fortbildungsreihe für Lehrkräfte

Leitung: Barbara Weishaupt

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay

Tel. 08158/256-17

49-4* 4. – 5. Dezember

Tutzingener Schülerforum: EuropaPolitik erleben!

Leitung: Robert Lohmann / Uwe Kranenpohl

Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. 08158/256-58

Außenveranstaltung in Nürnberg

49-3 4. – 5. Dezember

Tutzingener Mediendialog: Grenzüberschreitungen – Medienethik im digitalen Zeitalter

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Leitung: Michael Schröder / Axel Schwanebeck

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

50-1* 7. – 11. Dezember

Kulturen begegnen sich – Vielfalt als Chance und Herausforderung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jörg Siegmund / Angelika Klemenz-Klebl

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay

Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

50-2* 7. – 11. Dezember

Klimawandel – Herausforderungen für Politik und Gesellschaft

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Evelin Mederle

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay

Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

50-4 11. – 13. Dezember

A Transformational Presidency?

Die Ära Barack Obama

In Kooperation mit der Technischen Universität Kaiserslautern und der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz e.V.

Leitung: Anja Opitz / Heinz Gärtner /

Thomas Jäger / Jürgen Wilzewski

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

51-1 16. – 18. Dezember

Platons Gesetze.

Neue Perspektiven auf den Dialog Nomoi

Leitung: Michael Spieker / Manuel Knoll / Francisco Lisi

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Januar

2-2* 11. – 12. Januar

Tutzingener Schülerforum: „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ aktivcoach 2016

Seminar für Schülerinnen und Schüler

In Zusammenarbeit mit dem Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Barbara Weishaupt

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay

Tel. 08158/256-17



Zeichnung: Jan Tomaschoff/toonpool.com

Internet: www.apb-tutzing.de
www.facebook.com/APBTutzing

www.twitter.com/APBTutzing
www.youtube.com/APBTutzing

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

2-5 14. Januar
**Aktuelle Themen im Unterricht:
Flucht, Asyl, Integration
Teil 3: Integration**
Eine Fortbildungsreihe für Lehrkräfte
Leitung: Barbara Weishaupt
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17

2-1 15. – 16. Januar
**Zwangsfreie Behandlung –
Psychiatrie, Inklusion, Politik**
In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen
Landesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.
und dem Bayerischen Bezirktag
Leitung: Michael Spieker / Xaver Deniffel
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

3-1* 18. – 22. Januar
**Deutsche Geschichte nach 1945.
Neue Forschungsperspektiven**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Mayer / Sabine Wintermantel
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

3-2* 18. – 22. Januar
**China und die USA –
Supermächte des 21. Jahrhunderts?**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Saskia Hieber / Barbara Keppeler
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

3-3 23. – 24. Januar
**Was hält uns zusammen?
Fliehkräfte in der pluralistischen Gesellschaft
und die Rolle der politischen Bildung**
Leitung: Barbara Weishaupt
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

4-2 27. – 28. Januar
**Privatsphäre vor dem Aus?
Schutz von und Umgang mit Daten**
Leitung: Wolfgang Quaisser / Ute Mowitz-Rudolph /
Eva Traupe
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17

4-3 28. – 29. Januar
Transparenz
Das Gut der Gesundheit und die Offenlegung
von Interessen
In Zusammenarbeit mit der Freiwilligen
Selbstkontrolle Arzneimittelindustrie e.V.
Leitung: Michael Spieker / Holger Diener /
Michael Bartke
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

4-4 29. – 31. Januar
Planspiele in der ökonomisch-politischen Bildung
In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Planspiele
in Deutschland, Österreich und Schweiz (SAGSAGA)
und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Leitung: Michael Schröder / Stefan Rappenglück /
Detlef Dechant
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Februar

5-2* 1. – 5. Februar
Grenzenloses Europa? Migration, Flucht, Asyl
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Andreas Kalina / Evelin Mederle
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17
Anmeldung über die Akademie Dillingen

5-3* 1. – 5. Februar
**Die digitale Nabelschnur –
Netzabhängigkeit von Jugendlichen**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Johannes Philipp
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
Tel. 08158/256-17
Anmeldung über die Akademie Dillingen

5-1 5. – 7. Februar
Auto/Biographies in American History
In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft
für Amerikastudien
Leitung: Michael Mayer / Volker Depkat
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

7-3* 15. – 19. Februar
Fakultas Sozialkunde: Politische Theorie
 Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien
 7. Sequenz / 2. Lehrgang
 Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
 Leitung: Michael Spieker / Sabine Wintermantel
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
Anmeldung über die Akademie Dillingen

7-4* 15. – 17. Februar
Tutzinger Schülerforum: Nahost-Region
 Leitung: Michael Ingber / Manfred Schwarzmeier
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46
Außenveranstaltung an der BOS München

7-1 19. – 21. Februar
(Un-)Fair Play?
Sport und Politik
 Leitung: Andreas Kalina / Saskia Hieber
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53



Zeichnung: Kostas Koufogiorgos/toonpool.com

8-4 22. – 23. Februar
Tutzinger Journalistenakademie:
Verräter oder Aufklärer?
 Die Rolle von Whistleblowern für Demokratie und Medien
 In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
 Leitung: Michael Schröder / Sabrina Gaisbauer / Lothar Hausmann
 Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

8-5* 22. – 23. Februar
Trinationale Schülerakademie:
EuropaPolitik erleben!
 In Zusammenarbeit mit dem Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik an der Universität Passau
 Leitung: Andreas Kalina / Robert Lohmann / Daniel Göler
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. 08158/256-58
Außenveranstaltung in Passau

8-7 22. – 24. Februar
Jung und alt – zwei Welten?
 In Zusammenarbeit mit der LandesSeniorenVertretung Bayern
 Leitung: Michael Spieker / Hanka Schmitt-Luginger
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
 Tel. 08158/256-17

8-3* 24. – 26. Februar
Internationale Sicherheitspolitik
 In Zusammenarbeit mit der Sanitätsakademie der Bundeswehr
 Leitung: Saskia Hieber
 Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

8-1 26. – 28. Februar
Mediatisierte Gesellschaften:
Medienkommunikation und Sozialwelten im Wandel
 In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung an der Universität Bremen
 Leitung: Andreas Kalina / Friedrich Krotz
 Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47

9-1* 29. Februar – 2. März
Fortbildung für Seminarlehrer Geschichte Real-
schule. Auftrag und Perspektiven des LehrplanPlus
 Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
 Leitung: Michael Mayer / Sabine Wintermantel
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay
 Tel. 08158/256-17
Anmeldung über die Akademie Dillingen

9-2* 29. Februar – 6. März
Tutzinger Nachwuchsakademie: Aktuelle Herausforderungen der internationalen Sicherheitspolitik
 Leitung: Anja Opitz
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. 08158/256-58

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

März

9-4* 3. März

Pränataldiagnostik im Diskurs

Abschluss des 2. Tutzinger Diskurses

Leitung: Michael Spieker / Ludwig Krüger

Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel: 08158 / 256-47

9-3 4. – 6. März

Panzerschlachten und Drohnenschläge: Von der konventionellen zur neuen Kriegsführung

Leitung: Andreas Kalina / Anja Opitz

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

10-2* 7. – 11. März

Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Johannes Bronnhuber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

10-3* 7. – 11. März

Grundlagen des Islam

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Angelika Klemenz-Klebl

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

10-1 11. – 13. März

Tutzinger Journalistenakademie: Im Visier der Meute

Journalistische Recherche zwischen Fairness und Exzess

In Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Recherche und

der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Michael Schröder / Bernd Kastner

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-2* 14. – 16. März

Geschichte und Sozialkunde an der FOS/BOS

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Sabine Wintermantel

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay

Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-3* 14. – 18. März

Heiße Eisen – Ethische Spannungsfelder in den Naturwissenschaften

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Markus Drechsel

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay

Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-1 18. – 20. März

Endlich genug von Hitler? Aktuelle Debatten zur Vergangenheitsaufarbeitung

In Zusammenarbeit mit dem Institut für
Zeitgeschichte, München

Leitung: Michael Mayer / Magnus Brechtken

Sekretariat: Sabine Wohlhaupter Tel. 08158/256-47

13-1* 30. März – 1. April

China und der asiatische Raum

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Sabine Wintermantel

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

Tiefgang am See

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sabine Wohlhaupter

(Sekretariat der Direktorin)

S.Wohlhaupter@apb-tutzing.de

Antonia Kreitner

A.Kreitner@apb-tutzing.de

Ingrid Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Heike Schenck

H.Schenck@apb-tutzing.de

Alexandra Tatum-Nickolay

A.Tatum-Nickolay@apb-tutzing.de

Simone Zschiegner

S.Zschiegner@apb-tutzing.de

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch referierte im Rahmen der Fachtagung „150 Jahre staatliche berufsbildende Schulen in Hamburg“, die sich u. a. mit der Beruflichen Bildung in der Migrationsgesellschaft befasste, über Ursachen, Ausprägungen und Folgen von Zwangsmigration. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der sozialwissenschaftlichen Gymnasien Bayern sprach sie im Gymnasium der Schulstiftung Seligenthal in Landshut zum Thema „Vorbild Sozialwissenschaftliche Gymnasien: Politische Urteilskraft als Ziel schulischer Bildung“ (nachzulesen unter: <http://www.dvpb-bayern.de/>). Im Roncalli-Haus Tutzing der Pfarrei St. Joseph zog sie die Zwischenbilanz „Zwei Jahre nach der Wahl – Einschätzungen zur Arbeit von Angela Merkel und der Bundesregierung“. Beim 10. IVS-Forum des Instituts der Versicherungsmathematischen Sachverständigen für Altersversorgung e.V. (IVS) hielt die Direktorin in Köln einen Vortrag zum Thema „Gesellschaft im Wandel – Implikationen für die Altersvorsorge“, und an der Technischen Universität München leitete sie im Rahmen des „TUM-Symposiums Lehre: Individuelle Lehr- und Lernwege“ einen Workshop über „Lebenslanges Lernen: Potenziale, Defizite und die zukünftige Rolle der Universitäten“. Bei einer Tagung der thüringischen Point Alpha Akademie in Geisa, die nach dem Observation Post „Point Alpha“ benannt ist, der bis 1989 einer der wichtigsten Beobachtungsstützpunkte der US-Streitkräfte in Europa war, referierte sie über „Art. 23 oder Art. 146 GG? Verfassungsrechtliche Aspekte der deutschen Einigung“. Und bei einer Re-Union des deutsch-amerikanischen Reserveoffizieraustauschs sprach sie über die Auswirkungen der Migration auf die (sicherheits-)politische Lage in Europa.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber hielt auf der Jahreskonferenz 2015 der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) einen Vortrag über Chinas Sicherheits- und Militärpolitik. Für die Bayerische EliteAkademie sprach sie über die Beziehungen zwischen China und Vietnam und die Territorialdispute im Südchinesischen Meer. Auf einer Veranstaltung des Instituts für Ostasienwissenschaften der Universität Duisburg-Essen diskutierte Saskia Hieber „Conflict and Cooperation in Asia“. Als Guest Speaker der NATO School hielt sie einen Vortrag über „Security Trends in Asia: The Great Fall of China?“.

Dr. Andreas Kalina ist für die Sitzungsperiode 2016 bis 2019 in die Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten berufen worden. Im Wintersemester 2015/16 gibt er als Lehrbeauftragter am Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Passau ein Oberseminar zum Thema „Nord versus Süd – West versus Ost? Alte und neue Grenzziehungen in der Europäischen Union“.

Dr. Gero Kellermann gab im Gymnasium Tutzing vor zwei W-Seminaren eine „Einführung in das Strafrecht“.

Dr. Michael Mayer sprach an der School of Historical, Philosophical and Religious Studies der Arizona State University über „Everyday Life in the Communist East“. Am Mary Lou Fulton Teachers College referierte er zum Thema „Holocaust Education in Germany“. Auf Einladung des Melikian Center for Russian, Eurasian and East European Studies hielt er einen Vortrag mit dem Titel „Gorbachev, Mitterrand and the Fall of the Berlin Wall 1989“.

Dr. Anja Opitz unterrichtete im Rahmen des UN-Peacekeeping-Kurses vor dem Lehrgang für den Generalstabsdienst/Admiralstabsdienst national ein Seminar über „Sicherheitssektorreform“ und fungierte in der anschließenden Simulations-Übungswoche als beratende Expertin zu diesem Thema. Gemeinsam mit Dr. Erich Vad (Ehem. Gruppenleiter im Bundeskanzleramt und Militärischer Berater der Bundeskanzlerin) und Julia Obermeier (Mitglied im Verteidigungsausschuss) debattierte sie während des 3. Außenpolitischen Quartetts der Akademie für Politik und Zeitgeschehen in München über die „Notwendigkeit einer europäischen Armee für die Europäische Union“. Ebenfalls in München moderierte Anja Opitz ein Expertengespräch zum Thema „Einsatzkräfte und Spontanhelfer am Beispiel der Flüchtlingskrise 2015“. Für das Reflection-Seminar „EU Security and Defence Policy“, welches durch die Republik Mazedonien, die Europäischen Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst und durch das österreichische Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport in Podgorica ausgerichtet wurde, referierte sie zum Thema „Decision Making within the CSDP with a special focus on the Political Framework on Crisis Approach“.